Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 920.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48. Montag, den 26. Februar 1917. 24. Jahrg.

Die neue Offensive.

Die Annexionisten haben eine neue Offensive unternommen; im preußischen Abgeordnetenhause erfolgte der Vorstoß, in der Versammlung des Bundes der Landwirte traten die „Triarier" zum Angriff an. Gleichzeitig, was gewiß kein Zufall ist.

Seit geraumer Zeit ist die Presse in der Lage, die Kriegsziele nach Belieben gründlich zu erörtern. Nachdem vorher Einschränkungen bestanden hatten und nachdem gegen diese in der heftigsten Weise Einspruch erhoben worden war, hätte man annehmen müssen, daß nach Wegfall der Hindernisse die Wogen sehr hoch gehen würden. Es kam aber anders. Nachdem in den bedeutendsten Blättern in mehr oder minder sachlicher Weise die Bedingungen dargelegt worden waren, die nach ihrer Ansicht dem Friedensabschluß zugrunde gelegt werden mußten — Bedingungen, die zwischen weitgehenden Annexionisten und der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes schwanken —, schliefen die Erörterungen bald wieder ein. Nur einzelne Blätter machten sich eine Hauptaufgabe daraus, fortgesetzt „im Namen des deutschen Volkes" die weitestgehenden Pläne aufzustellen, Pläne, die nur zu sehr an die Phantasien gewisser alldeutscher Blätter vor dem Kriege erinnerten, die in Deutschland fast unbeachtet geblieben waren, im Auslande aber als Dokumente deutscher Eroberungslust sorgsam gesammelt und zur Aufstachelung des Hasses gegen die „Welteroberer" benutzt wurden. Mit welchem Erfolg, das haben wir 1914 und später nicht nur an den feindlichen, sondern auch an den neutralen Völkern bemerkt. Allerdings wurden jetzt die Landkartenschneider in der mit der Wirklichkeit rechnenden Presse kräftig zurückgewiesen und ihnen vorgehalten, wie gemeingefährlich ihr Unfug sei; aber dabei blieb es.

Die Antwort, die von der Entente an Mr. Wilson auf dessen Mahnung zu Friedensvorbereitungen und zugleich als Entgegnung auf das deutsche Friedensangebot gesandt wurde, und in der die Eroberungspläne der Koalition offiziell zum Ausdruck kamen, fand das deutsche Volk einhellig in der Empörung über solche Zumutung. Der Verteidigungswille wurde von allen Seiten bekräftigt und jeder Zweifel beseitigt, als ob es darin eine Uneinigkeit geben könnte. In diese Zeit fiel die Ankündigung des verschärften Unterseebootkrieges, und auch dieser wurde als Maßregel zur Verteidigung aufgefaßt.

Da plötzlich erfolgt der Vorstoß der Annexionisten! An Stelle des Verteidigungskrieges setzen sie den Eroberungskrieg und verkünden ein Programm, das wohl nicht an Ausdehnung, wohl aber im Sinn den Wettbewerb mit den offiziellen Plänen der Entente aufnehmen kann.

Im preußischen Landtag, den die Sprecher der Annexionisten als die zeste Stelle für Reichspolitik in ihrem Sinne betrachten, eröffnete am Mittwoch der Zentrumsmann Bell den Reigen. Verhältnismäßig bescheiden verlangte er nur Deckung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes unter nicht mißzuverstehendem Hinweis auf Belgien. Desto offenherziger war der Nationalliberale Fuhrmann. Er erinnerte an die „vielgenannte und wenig bekannte" Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände — jenes Dokument, das als Kundgebung des deutschen Eroberungswillens so viel Unheil angerichtet und der Politik der Ententehäuptlinge so sehr gedient hat —, um sich deren Forderung zu eigen zu machen, daß der französische Bergwerksdistrikt von Briey und Longwy in deutsche Hand übergehen müsse. In Erwiderung auf Zwischenrufe sagte er:

„Wer sagt Ihnen, daß der Reichskanzler keine Eroberungsabsichten hat? Es ist eine Beleidigung für den Reichskanzler, wenn Scheidemann den Eindruck zu erwecken sucht, als ob seine des Kanzlers Ziele wären. Dessen Ausführungen geben ihm kein Recht dazu. Wenn aber es eine Beleidigung gegen den Reichskanzler darstellt, einen Frieden ohne Landerwerb anzustreben, dann muß ich sagen: **den Staatsmann, der ohne den Erwerb der für uns notwendigen industriellen und landwirtschaftlichen Gebiete aus dem Kriege zurückkehren will, ohne Briey und Longwy, ohne Belgien, ohne die Maaslinie, ohne Kurland und Litauen — den würde die Geschichte den Totengräber deutscher Macht, deutscher Wohlfahrt und Größe nennen.** Der Reichskanzler denkt nicht daran."

Das französische Erzbecken von Briey und Longwy, Belgien, Kurland, Litauen — wie man sieht, ganz beträchtliche Landgebiete mit fremder Bevölkerung, denn auch in Kurland machen die Deutschen nur einen kleinen Teil der Einwohnerschaft aus.

Aber der Abgeordnete Fuhrmann sprach nicht nur für sich und für einen Teil seiner Partei. In der Versammlung des Bundes der Landwirte äußerten sich Konservative in gleichem Sinne, nur noch etwas „volkstümlicher".

Der Bundesvorsitzende Dr. Roesicke erklärte sich zum Schluß seiner Rede, die im übrigen dem Lob und Preis der Landwirtschaft und der Klage über die Regierung und ihre Maßnahmen galt, gegen einen Frieden des Ausgleichs. Darauf sprach der Landrat Dr. Roetger nach dem Thema: „Halte, was Du hast!" Behalten will er zunächst Antwerpen, im Interesse der deutschen Industrie, die diesen Ausfuhrhafen braucht; weiter verlangt er Siedlungsland im Osten. Wenn die Industrie etwas bekommt, soll natürlich die Landwirtschaft auch etwas erhalten. Nach dieser Einleitung kam der neugewählte Reichstagsabgeordnete für Oschatz-Wurzen, Dr. Wildgrube, der einiger sehr kritischer Aeußerungen über Ungarn wegen von der „Nordd. Allgem. Zeitung" zurecht gewiesen wurde, zur eigentlichen Programmrede. Den Beifall seiner Hörer erweckte er schon dadurch, daß er behauptete, der Kaiser und die oberste Heeresleitung hätten im gefährlichsten Moment des ganzen Krieges „den diplomatischen Tintendeckel mit dem Schwerte zugeschlagen", und verlangte, „daß nunmehr auch der Verständigungsgedanke bei uns endlich auf die Hungerkur gesetzt werde". Ebenso erregte er große Begeisterung durch seine — jetzt wirklich sehr billigen — Ausfälle auf Wilson und dessen Gesandten Gerard. Zum Schluß kam er zu den Forderungen:

Wir brauchen eine Stärkung unserer Macht in Europa und in der Welt, und zwar eine Stärkung unserer militärischen, unserer politischen, unserer wirtschaftlichen und unserer finanziellen Macht. Die Seele aller Macht aber ist der Landbesitz, und darum brauchen wir Landzuwachs sowohl im Westen wie im Osten als auch in Uebersee.

Das wichtigste Gebiet, von dem wir nicht lassen können und wollen, liegt vor den Toren unseres Erzfeindes, also vor der Küste Englands. Es ist Belgien. Flandern sei der Siegeslohn für 1917, das hat uns Tirpitz kürzlich zugerufen, und es ist tatsächlich die Losung des ganzen deutschen Volkes. Wir haben auch nur die Wahl, Belgien mit seiner flandrischen Küste unter unseren Einfluß zu bringen, oder es den Engländern voll und ganz zu überlassen. Ein neutrales Belgien, selbst nach den abgegriffenen belgischen Begriffen vor dem Kriege, gibt es für die Zukunft nicht. Entweder erstreckt sich die deutsche Machtsphäre künftig über Antwerpen nach Zeebrügge und Ostende, oder die englische Grenze wird von Calais bis unter die Tore von Aachen vorgerückt, das heißt bis Essen. Es erübrigt sich jedes weitere Wort über die eiserne Notwendigkeit der Angliederung Belgiens an den deutschen Reichsverband; die industriellen und handelswirtschaftlichen Gesichtspunkte und die finanziellen Gesichtspunkte treten ebenbürtig neben die strategischen und politischen. Die rheinisch-westfälische Industrie braucht für die gesteigerten Anforderungen der Zukunft den belgischen Rohstoffbereich wie das Saarrevier das französische Erzbecken braucht. Ebenso können wir Hamburg und Bremen nicht konkurrenzfähig erhalten, neben einem englischen Antwerpen, namentlich nicht, seit es deutscher Ingenieurkunst gelungen ist, das Problem der Abbaufähigkeit der belgischen Kohlenfelder zu lösen, die unmittelbar vor den Toren von Antwerpen liegen. Und sie werden von sachverständiger Seite auf 40 Milliarden geschätzt, ein Beitrag zu der Möglichkeit, zur Kriegsentschädigung zu kommen.

Was unsere Strategen im übrigen für die künftige bessere Sicherung unserer Vogesengrenze zu fordern haben, ebenso wie für die im Osten dürfen wir vertrauensvoll denen überlassen. Sie werden gegen politische Bedächtigkeit schon ihren Mann zu stehen wissen.

Der Landerwerb im Osten ist durch drei Gesichtspunkte bedingt: Einmal durch die Notwendigkeit der Schwächung des russischen Volks- und Reichskörpers, weiter durch die nationale Forderung der Befreiung zum mindesten der Balten und endlich auf Grund der Erfahrungen, die wir mit dem englischen Aushungerungsplan gemacht haben. Dieser letztere Gesichtspunkt ist unbedingt in den Vordergrund zu rücken. Unsere ganze Zukunft schwebt trotz all unserer Siege, trotz eines im übrigen siegreichen Friedensschlusses völlig in der Luft, wenn wir unser tägliches Brot nicht auf heimischer Scholle bauen. Dazu sollen ein deutsches Kurland und ein deutsches Litauen, unbeschnitten durch großpolnische Begehrlichkeit, also einschließlich Grodno und Wilna, uns ihren fruchtbaren Boden hergeben.

Der Kampf zwischen deutscher nationaler Freiheit und englischer Welttyrannei ist mit diesem Kriege in sein erstes Stadium getreten. Wann der zweite Waffengang folgen wird, das liegt im Dunkel der Zukunft, daß er aber kommen wird, liegt heute schon am hellen geschichtlichen Tage. Dann wird England noch gewaltiger gerüstet, aber mit derselben teuflischen Grausamkeit seinen Aushungerungsplan wieder aufnehmen. Der hungrige Magen der heutigen stahlgehärteten, aber ihr alles aufopfernden Generation ruft den Verantwortlichen zu: Schließt keinen Frieden, ohne im weiten Osten die deutsche Magenfrage der Zukunft, die elementarste Frage unseres nationalen, staatlichen und menschlichen Daseins gesichert zu haben. Ich will, da das Nötige über die Kriegsentschädigung gesagt ist, hier darüber weggehen. Ich will auch nicht weiter auf die Forderungen eingehen, die wir in kolonialpolitischer Beziehung zu stellen haben. Selbstverständlich ist die Forderung zu erheben, daß unser Kolonialbesitz, namentlich der afrikanische, restlos wieder in unsere Hand kommt, und daß der belgische und portugiesische Kolonialbesitz unter unseren Hammer kommt."

Wenn man diese Ausführungen liest, wenn man sie zusammenhält mit dem, was Fuhrmann im preußischen Abgeordnetenhaus gesagt hat, so muß man annehmen, daß die Konservativen und Nationalliberalen, als deren Führer die Redner doch gelten, der Ueberzeugung sind, es sei lediglich eine innere Frage des Reichs, in welcher Weise es seine künftigen Grenzen ziehen wolle, nicht aber eine Frage der Möglichkeit. Daß der Krieg noch nicht entschieden ist, daß Deutschland und seine Verbündeten gegen eine ungeheure Uebermacht zu kämpfen haben, daß von der Reichsleitung immer wieder darauf hingewiesen worden ist, Deutschland führe einen Verteidigungskrieg — das alles spielt für die wortgewaltigen Herren keine Rolle. Sie annektieren im Osten und Westen, sie bemächtigen sich des Kongostaates und der portugiesischen Kolonien, und sie stellen sich an, als ob sie das Einfachste, das Selbstverständlichste sagten und nur dem Willen des gesamten Volkes Ausdruck gäben. **Daß solche Aeußerungen in den uns feindlichen Ländern genau so wirken müssen, wie die Kriegszielerklärung der Entente auf uns Deutsche gewirkt hat, das kommt für die Fuhrmann und Wildgrube offenbar nicht in Betracht.** Man könnte meinen, daß sie einem Frieden durch Verständigung entgegenarbeiten wollen und den Krieg solange fortsetzen möchten, bis die andere Partei ohnmächtig am Boden liegt und sich alles gefallen lassen muß — in der Erwartung, daß die Zeit der Rache und der Vergeltung kommen werde.

Wir erheben Verwahrung dagegen, daß das deutsche Volk in seiner großen Masse mit den Eroberungsplänen, wie sie einige nationalliberale und konservative Wortführer äußern, etwas zu tun habe. Was das deutsche Volk will und wofür es alle seine Kraft einsetzt, wofür es die schwersten Leiden und Entbehrungen duldet, das ist die Sicherung seines Bestandes, seiner Entwicklungsmöglichkeit. Nicht für ein Stück Litauen schlägt sich der Schwarzwälder, nicht um die Herrschaft über Belgien kämpft der Pommer, nicht um die Erzgruben von Briey ringt der Holsteiner. Für das Reich stehen sie ein, für das Reich, das die Heimat des deutschen Volkes ist und von dem nichts unter fremder Herrschaft kommen darf. Und alle werden sie den Tag begrüßen, der dem blutigen Ringen ein Ende macht, der den Verzicht der Feinde auf ihre Eroberungs- und Vergewaltigungspläne besiegelt.

Nicht im Namen des deutschen Volkes durften die Annexionisten sprechen, und das ist ihnen auch wohl bewußt. Aber sie schleuderten dennoch auf jede Gefahr hin ihre Phrasen in die Welt. Denn einen Zweck hoffen sie zu erreichen: die Wiederbefestigung der Machtstellung ihrer Interessentenkreise der Schwerindustriellen und der Großagrarier. In innigem Verständnis billigen sie sich gegenseitig die Erfüllung von sehr materiellen Wünschen zu, um so zu einem Programm zu kommen, dessen Verwirklichung unmöglich ist, dessen Scheitern aber nicht auf den Zwang der Umstände, sondern auf die Unfähigkeit der Staatsmänner zurückgeführt würde. Oder auf deren Widerstreben! Und das böte die beste Handhabe, andere an deren Stelle zu bringen, andere, die zwar in der vorgeschobenen Frage auch nichts weiter tun könnten, die aber in der inneren Politik die Wege wandeln würden, die ihnen von den Schlot- und Krautjunkern vorgeschrieben werden.

Das verlohnt schon eine Offensive!

Vom Tage.

Der verschärfte Tauchbootkrieg nimmt immer größere Dimensionen an; gewaltige Mengen kostbarer Güter werden ins Meer versenkt, ungeheure Werte vernichtet. Aber das ist der Krieg! Furchtbar und schrecklich ist sein Wüten! Wann wird das Ende kommen?

Die heute gemeldete Versenkung von sechs holländischen Handelsschiffen, über die unsere Leser Näheres an anderer Stelle finden, hat in Holland eine starke Erregung hervorgerufen. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß es sich hier um sechs der schönsten Schiffe der holländischen Schiffahrt handelt. Auf der anderen Seite aber darf nicht vergessen werden, daß die deutsche Regierung erklärt hatte, für den 22. Februar, dem Tag der Versenkung, kann keine unbedingte Sicherheit gewährleistet werden und aus diesem Grunde empfohlen hatte, bis zum 17. März mit der Ausfahrt zu warten. Da Menschenleben zum Glück nicht verloren gegangen sind, so dürfte dieses Vorkommnis wohl keine weiteren Folgen nach sich ziehen.

Zur Verschärfung der englischen Kontrollbestimmungen schreibt „Allehanda": Niemals hat man England konsequenter und rücksichtsloser seine traditionelle Politik verfolgen sehen als jetzt. England hob die Londoner Deklaration auf, England beseitigte den Unterschied zwischen der freien und der Bannware, England vernichtete die internationalen Blockadebestimmungen durch die von ihm erfundene Erklärung des freien Meeres zur Kriegszone. Die am 21. Februar ausgeführte Order schlägt jeden Rekord. Von diesem Tage an sind die neutralen Fahrzeuge vom Gesichtspunkte des Eigentums jeden Rechts verlustig, das England nicht mit seinem eigenen Vorteil für vereinbarend findet. Die schwedischen und dänischen Fähren im Oeresund sind vielleicht noch frei von der Untersuchungspflicht, aber die schwedische Dampfähre zwischen Trelleborg und Saßnitz wird offenbar dem Befehle der russischen oder englischen Fahrzeuge in der Ostsee preisgegeben und müßte sich englischer Order gemäß eigentlich zwecks Durchsuchung oder Beschlag-

[…]nahme in einem russischen Hafen melden. Dasselbe würde für alle schwedischen Fahrzeuge gelten, die mit einem deutschen Bestimmungsort die Ostsee befahren. Die Fahrzeuge, die außerhalb der Seegrenze zwischen Schweden und Norwegen verkehren, oder nach Holland oder Jütland fahren, müßten danach in die englischen Häfen geführt werden. Aus der Erklärung der Ententepresse, daß die neuen englischen Maßnahmen gegen Skandinavien und Holland gerichtet sind, geht hervor, daß diese noch länger gezwungen werden sollen, gegen ihren eigenen Willen Ententedienste zu leisten. Niemand wird vor der jetzt eröffneten Perspektive die Augen verschließen können.

*

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd Georges, daß man gegen die U-Boot-Gefahr mit drastischen Maßregeln vorgehen könne, abgesehen von notwendigen sofortigen rücksichtslosen Maßnahmen, die dem Lande große Opfer auferlegen würden. Der schließliche Erfolg der Sache der Alliierten hänge von der Lösung der Schiffsraumschwierigkeiten ab; nach allen Abzügen sei nur ungefähr die Hälfte der englischen Tonnage für die gewöhnlichen Erfordernisse verfügbar. Während vor dem Kriege jedes Jahr Schiffe mit einem Gesamtausmaß von 50 Millionen Tonnen in britischen Häfen angekommen seien, sei diese Zahl jetzt auf 30 Millionen Tonnen herabgesunken, und zwar fast ausschließlich infolge der Ueberweisung von Schiffen für die kommerziellen und militärischen Erfordernisse der Alliierten. Die Regierung hoffe das Mittel zu finden, um den Unterseebooten entgegentreten zu können. Sie würde sich aber einer strafbaren Torheit schuldig machen, wenn sie ihre Politik ohne weiteres auf die Annahme baute, daß sie diese Hoffnung werde erfüllen können. Ein guter Teil der Tonnage sei versenkt, und es sei zu erwarten, daß noch weit mehr versenkt wird, ehe die Gefahr überwunden werde. Die Bauholzeinfuhr müsse dadurch vermindert werden, daß man französisches Bauholz für die Armee und britisches Grubenholz verwende. Eine ausgiebigere Gewinnung britischer Erze, die allerdings einen geringeren Gehalt hätten, werde die britische Erzeugung außerordentlich steigern.

Lloyd George befaßte sich sodann mit der Frage der Lebensmittelerzeugung im eigenen Lande und wies auf die Notwendigkeit hin, die Farmer zu veranlassen, Getreide anzubauen. Die Regierung würde deshalb die Weizenpreise bis 1920 garantieren, für die Arbeiter Mindestlöhne festsetzen und Erhöhung der Pachtgelder verbieten. Durch alle diese Mittel könne ein beträchtlicher Schiffsraum gespart werden. Aber diese Ersparnis werde erst später eintreten. Inzwischen würde Schiffsraum dringend benötigt, deshalb müsse die Papiereinfuhr um die Hälfte vermindert werden. Die Einfuhr aller wesentlichen Nahrungsmittel würde uneingeschränkt bleiben, aber die von gewissen Früchten entweder verboten oder stark beschränkt werden. Kohlensäure, Mineralwasser und ausländischer Tee würden nicht ins Land dürfen. Indischer Tee würde auf eine bestimmte Menge herabgesetzt werden. Große Vorräte von Kakao und Kaffee seien im Lande. Die Einfuhr würde also vorläufig aufgehoben werden. Das Land müsse mehr von heimischem Fleisch und anderen Lebensmitteln leben. Die Regierung hoffe, mit allen diesen Beschränkungen 900 000 Tonnen jährlicher Einfuhr zu ersparen. Außerdem müsse die Einfuhr sehr vieler Industrieartikel aufhören. Durch Einschränkung der Biererzeugung würden allein 600 000 Tonnen jährlich frei werden. Eine entsprechende Verminderung in der Erzeugung von Spirituosen sei geplant. Wenn dieses ganze Programm durchgeführt werde, könne er ehrlich versichern, daß England auch den schlimmsten Eventualitäten entgegensehen könne.

Man muß zugeben, daß hier mit einer imponierenden Entschlossenheit von dem ehemaligen Sozialreformer Lloyd George vorgegangen wird, und man könnte nur wünschen, daß auch die deutsche Reichsregierung sich dieses englische Beispiel inbezug auf die Eingriffe in die Landwirtschaft und die Produktion zum Vorbild nehmen möchte.

In der Debatte erklärte der Unionist Masson, die Zahl der ausgefahrenen und angekommenen Schiffe gebe keinen Anlaß zu gesetzgeberischen Panikmaßregeln und zu einer so drastischen Einmengung in die englische Einfuhr. — Da Asquith nicht bei Stimme war, sprach an seiner Stelle Runciman: er sagte, man ist sich des Schiffsraummangels nur langsam bewußt geworden. Die Menschen denken mehr an die Gewinne der Reeder. Die Beschränkung der Papiervorräte wird für alle kapitalschwachen Zeitungsunternehmungen einen sicheren Verlust bedeuten. Die Regierung sollte die Aufstapelung von Papier durch eine oder zwei große Unternehmungen verhindern und für eine gerechte Verteilung sorgen. Die von Lord Devonshire festgesetzten Rationierungen wurden nicht beachtet. Wenn das Land den Verbrauch nicht einschränkt, wird großer Mangel eintreten, ehe die neue Ernte eingebracht worden ist. Die Bevölkerung wird vielleicht einer viel weitgehenden zwangsmäßigen Rationierung unterworfen sein. Maßregeln der Regierung zur Beschränkung der durchaus nicht notwendigen Einfuhr halte ich für gerechtfertigt. Die Regierung sollte auch in den Häfen und bei den Eisenbahnen ausreichend Arbeitskräfte einstellen, um eine raschere Warenverteilung zu ermöglichen und um die Schiffe rascher zu löschen. Runciman warnte davor, der Landwirtschaft zu viel Arbeitskräfte zu entziehen; sie seien notwendig und nicht durch ungelernte Kräfte zu ersetzen. Lebensmittelkontrolleur Prothero müsse dieselbe Machtbefugnis haben wie seinerzeit Lloyd George als Munitionsminister. Wenn die Landwirte 5 Millionen Quarters Weizen mehr produzieren könnten, würde er gern nicht nur 60 Schilling pro Quarter garantieren, sondern 70.

Das ist wieder die in Deutschland bekannte Melodie der [illegible]. Nach den Aeußerungen Lloyd Georges dürfte es allerdings fraglich erscheinen, ob man auch in England dieses nach unserer Meinung durchaus verfehlte System einführen wird.

Das englische Unterhaus hat nun auch in zweiter Lesung die Hilfsdienstvorlage angenommen, nachdem eine Bestimmung in dieselbe hineingenommen wurde, nach welcher sie keinen industriellen Zwang mit sich bringt. Bemerkenswert ist, daß sich bis jetzt ca. 60 000 Freiwillige zum Hilfsdienst gemeldet haben. Wie lange wird es dauern und auch in England wird der Hilfsdienst zum Zwang!

*

In der französischen Kammer wurde gegen den Willen der Regierung eine Tagesordnung, nach der die Regierung die eingezogenen Rekruten des Jahrganges 1888/89 aus der Front vor dem 1. März und aus den Werkstätten vor dem 15. März entlassen soll, mit 436 gegen 2 Stimmen angenommen. Eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung, welche die Entlassung für den 15. März vorsah, wurde mit 390 gegen 114 Stimmen abgelehnt. In der Debatte war zum Ausdruck gebracht worden, daß Frankreich vor einer Hungersnot stehe, wenn die Entlassung nicht sofort erfolge; auf der anderen Seite erklärte der Munitionsminister Thomas, die Leute könnten zum 1. März nicht aus den Kriegswerkstätten entlassen werden, da sie nicht durch Kolonialarbeiter zu ersetzen seien.

*

In der Zweiten Kammer des schwedischen Reichstages interpellierte Baron Adelswaerd (Liberal) den Staatsminister über die Tätigkeit der Kriegsversicherungs-Kommission nach der Erklärung des deutschen U-Boot-Krieges, da die Kommission seit dem 1. Februar die Versicherung von Schiffen mit nach Frankreich und England bestimmten Ladungen verweigerte. Der Staatsminister erklärte in seiner Antwort: Die Andeutung des Interpellanten, daß die Regierung durch ihr Verhalten in der Versicherungsfrage größere Rücksicht gegenüber dem einen als dem anderen Kriegführenden gezeigt habe, verdiene keine Beachtung. Es sei klar, daß die Regierung nur auf die Interessen Schwedens und der schwedischen Seeleute Rücksicht genommen habe. Adelswaert erklärte, die Versicherungspolitik der Kommission habe auf die äußere Politik Schwedens üblen Einfluß gehabt und die Verständigung mit Großbritannien erschwert.

Branting sagte, daß die Regierung gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg protestiert, gleichzeitig aber dafür gesorgt habe, daß ein Staatsorgan tatsächlich die Blockade anerkannt habe, daß die schwedische Schiffahrt im Gebiet dieser Blockade Schwierigkeiten hätte, sich aufrechtzuerhalten. Niemand wolle die Seeleute in diese Gefahrzone hinauszwingen, man habe aber ein Recht zu fordern, daß die Regierung nicht direkt hindernde Maßnahmen ergreife, die Blockade zu unterstützen. Man habe erwidert, daß Menschenleben natürlicherweise nicht gewagt werden sollten wegen der Einfuhr von Luxusartikeln, aber die Tätigkeit der Kommission könne zur Folge haben, daß Schweden weder Luxusartikel noch Lebensmittel erhalte. Dies Benehmen gefährde die ganze Volkswirtschaft und Industrie und stehe in schreiendem Widerspruche mit der Gesetzgebung, die der Reichstag zu Anfang dieses Monats zur Ausdehnung der Versicherungen geschaffen habe. Sowohl Schweden als auch Dänemark und Norwegen müßten zeigen, daß der Wille in ihnen herrsche, die Verbindungen nach dem Westen aufrechtzuerhalten.

Der Staatsminister beantwortete die Kritik der äußeren Politik der Regierung, indem er erklärte, daß Schwedens Absichten und Neutralität vielmehr im eigenen Lande als im Auslande angegriffen würden. Hildebrand (K.) erklärte, daß die Kommission die Sache ausschließlich vom versicherungstechnischen Gesichtspunkte aus betrachte und alles getan habe, um die Verbindungen zu entwickeln.

Die Zweite Kammer hat mit 104 gegen 68 Stimmen 10 Millionen Kronen für die Neutralitätsabwehr Schwedens bewilligt, gegenüber 30 Millionen Kronen, die von der Regierung angefordert wurden. Die Erste Kammer stimmte der Regierungsvorlage mit 76 gegen 49 Stimmen zu. Es muß jetzt noch eine gemeinsame Abstimmung erfolgen.

*

Der schweizerische Bundesrat faßte einschneidende Beschlüsse über die Einschränkung der Lebenshaltung. Der Fleischgenuß wird für zwei Tage in der Woche jedermann verboten. Nur der Genuß von Leber, Nieren, Hirn usw. ist auch an diesen Tagen gestattet. In Gasthäusern darf bei einer Mahlzeit nur eine Fleischspeise oder eine Eierspeise gereicht werden. Als Fleischspeisen gelten auch Geflügel und Wildpret. Der Rahmverkauf jeder Art, insbesondere die Abgabe von Schlagsahne, wird verboten. Zu Kaffee, Tee usw. dürfen in den Wirtschaften nicht mehr über 15 Gramm Zucker gegeben. Butter darf nur noch zum ersten Frühstück oder zu Zwischenmahlzeiten verabreicht werden. Die gleichzeitige Abgabe von Butter mit Vorspeisen sowie Butter und Käse ist untersagt. Verboten wird auch der Verkauf glacierter Konditoreiwaren und die Herstellung von Eierteigwaren. Der Beschluß tritt am 5. März in Kraft.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage

WTB. Großes Hauptquartier, 25. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Ypern sowie zwischen Armentieres und Arras wurden mehrere teilweise nach starkem Feuer einsetzende Vorstöße der Engländer abgewiesen.

Erkundungsaufträge führten unsere Stoßtrupps westlich von Lievin bis tief in die feindliche Stellung, in der Gefangene gemacht und Zerstörungen vorgenommen wurden.

Im Somme-Gebiet war zeitweilig der Geschützkampf lebhaft, vornehmlich zwischen Sailly und Bouchavesnes.

Oestlich von St. Mihiel blieb eine französische Unternehmung erfolglos, eine eigene, im mehr der Mosel zu gelegenen Waldgebiet brachte 12 Gefangene ein.

Bei Lusse am Westrand der Vogesen holten unsere Stoßtrupps 30 Mann aus der französischen Stellung.

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar ist ein französisches Luftschiff durch Abwehrfeuer im Walde östlich von Saaralben brennend zum Absturz gebracht worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generaloberst Erzherzog Josef.

Am Tartaren-Paß im Nordteil der Waldkarpathen schlug ein russischer Angriff fehl.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage bei geringer Gefechtstätigkeit unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Wien, 24. Februar. (Amtlich.)

Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

*

Wien, 25. Februar. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich des Tartaren-Passes griff der Feind nach siebenstündiger Artillerievorbereitung an. Er drang vorübergehend in unsere Gräben ein, wurde aber im Gegenangriff völlig zurückgeworfen. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstenländischen Front ist die Artillerietätigkeit nunmehr bei guter Sicht wieder allmählich recht lebhaft. Im Görzischen hatte sich vorgestern im Abschnitt von Vertoiba ein besonders heftiger Geschütz- und Minenwerferkampf entwickelt, der auch nachts fortdauerte und morgens zu höchster Kraft anwuchs. Unter dem Schutz eines starken Sperrfeuers griffen sodann einige italienische Kompagnien unsere Stellung an. Dem Feind gelang es, in die vorderste Linie einzudringen. Abteilungen des bewährten k. u. k. Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 2 warfen ihn jedoch vollständig heraus, fügten ihm schwere Verluste zu und verfolgten ihn bis in seine Sappe.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Die Transport- und Lebensmittelkrise in Frankreich.

Die Lebensmittel- und Transportkrise nimmt einen großen Raum in den französischen Zeitungen ein. Der Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten Poincare beschäftigte sich hauptsächlich mit diesen Fragen. — Der Oberste Bergwerksrat beriet über die Mittel zur Förderung von Kohlen. Unterdessen müssen täglich Fabriken infolge des Kohlenmangels ihren Betrieb einstellen, so die Gasanstalten in Chateau-Comtier, Falaise, Grandviller, Saint Malo. — Im Arrondissement Grasse stehen die Parfümfabriken vor der Notwendigkeit, zu schließen, wenn nicht sofort Kohle geliefert wird. — Mehrere Gemeindebehörden wandten sich dringend an die Präfektur.

Das „Journal“ meldet, daß die Weizenzufuhr nach Paris aufgehört hat, weil der Transport über Rouen zu kostspielig geworden ist. Infolge der U-Boot-Gefahr betrage nämlich die Fracht von Algier nach Rouen, die früher 11 Franken gekostet hatte, jetzt 200 bis 300 Franken für den Hektoliter, weil die Versicherung für eine Fracht von 3500 Fässern 350 000 Franken kostet. Auf den Eisenbahnen blieben die Weine liegen, weil sie bei der Beförderung hinter wichtigeren Artikeln zurückgestellt würden. Um den Personenverkehr einzuschränken, wurden Rundreise- und Familienfahrkarten aufgehoben.

Rußland.

Zu den russischen Arbeiterunruhen.

Die „Times“ meldet aus Petersburg: Die Unruhen unter den Arbeitern in Rußland haben bis jetzt noch keine Besorgnis erregende Form angenommen. Die Bewegung hat der Munitionsproduktion nicht mehr geschadet als in anderen Ländern. Die Streikbewegung ist durch die Unterdrückungsmaßregeln, die vor allem darin bestanden, die Streikenden in großen Massen in die Feuerlinie an die Front zu stellen, eingedämmt worden. Wie die russischen Blätter aber melden, haben diese Unterdrückungsmethoden recht schädliche Wirkungen gezeitigt. Das war natürlich vorauszusehen.

England.

Englische Ausfuhrverbote.

Durch eine königliche Verordnung wurde die Ausfuhr von Kakao, Kaffee, Obst (ausgenommen nach Holland), sowie Honig, Fett, Margarine, von allen Fleischsorten, Kartoffeln, Mehl, Geflügel, Wild und Tee nach dem Ausland verboten.

*

Die Verhaftungen in Irland.

Zu den Verhaftungen in Irland meldet ein Telegramm, daß im ganzen 34 Personen verhaftet wurden, davon acht in Dublin, darunter die Schriftsteller Figgis und O'Kelly und der Dubliner Stadtverordnete Kelly.

Nach einer Reutermeldung ist den Verhafteten der Aufenthalt in Irland verboten worden; sie können irgendwo in England ihren Wohnsitz nehmen. Sie sind also aus ihrem Heimatland ausgewiesen worden.

Der Balkankrieg.

Die befriedigte Entente.

Der Athener Korrespondent des Mailänder „Secolo“ meldet diesem Blatte, die Entente sei mit der bisherigen Überführung von 110 000 Gewehren nach dem Pelleponnes befriedigt. Wenn die Auslieferung beendet sei, werde die Blokade aufgehoben. Als Kontrolleure im Telegraphenamt und im Polizeidienst würden rechtskundige Leute aus London und Paris ernannt.

Der Seekrieg.

Sechs resp. sieben holländische Dampfer vernichtet.

Der holländische Minister des Innern hat die Nachricht von dem niederländischen Gesandten in London erhalten, daß nach einem Telegramm von den Scilly-Inseln die niederländischen Schiffe „Noorderdijk“ (7166 Tonnen), „Zaandijk“ (4189 Tonnen), „Jacatra“ (5373 Tonnen), „Bandoeng“ (5851 Tonnen), „Eenland“ (3970 Tonen) und „Gaasterland“ (3900 Tonnen), die am 22. Februar gemeinsam von Falmouth abgefahren waren, um 5 Uhr nachmittags desselben Tages von einem deutschen Unterseeboot torpediert wurden. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß der Dampfer „Menado“, der an demselben Tage aus Falmouth abfuhr, der Gefahr, torpediert zu werden, dadurch entronnen ist, daß er wegen einer Havarie an der Maschine nach dem Hafen zurückkehren mußte.

Nach einem bei der Direktion des Rotterdamschen Lloyd eingetroffenen Telegramm scheint auch der Dampfer „Menado“ (5874 Tonnen) torpediert worden zu sein. Besatzung und Passagiere wurden gerettet und auf den Scilly-Inseln gelandet. Der Dampfer treibt noch und wird nach Falmouth geschleppt.

Es wird jetzt gemeldet, daß alle Personen, die sich an Bord der versenkten niederländischen Schiffe befanden, in Sicherheit sind.

Wie verlautet hatten „Zaandijk“, „Noorderdijk“ und „Jacatra“ Getreide an Bord, „Bandoeng“ Stückgüter aus Niederländisch-Indien, „Eenland“ und „Gaasterland“ befanden sich auf dem Wege nach Südamerika, um Getreide für die Regierung zu holen.

Eine amtliche Meldung der holländischen Regierung besagt: Als der uneingeschränkte U-Boot-Krieg angekündigt wurde, hat die holländische Regierung nicht nur ihren schon veröffentlichten Protest dagegen erhoben, sondern auch gleichzeitig bei der deutschen Regierung darauf gedrungen, daß Sorge getragen werde, daß keine der in jenem Augenblick von und nach der holländischen Häfen unterwegs befindlichen Schiffe das Opfer dieser Maßnahmen werden. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, dem Wunsche zu entsprechen, erklärte aber, daß es unmöglich sei, absolute Sicherheit zu verbürgen. Von den in Falmouth liegenden Schiffen waren es „Jacatra“, „Menado“, „Bandoeng“, „Noorderdijk“, „Zaandijk“, „Eenland“ und „Gaasterland“, die eine Gelegenheit benutzen sollten, die ihnen von deutscher Seite angeboten wurde, um am 22. Februar den Hafen zu verlassen. Sie sollten sich zu diesem Zwecke gemeinschaftlich in westlicher Richtung aus dem unsicheren Gebiete entfernen, weiter außerhalb jenes Gebietes bleiben und ihre Reise fortsetzen.

Von amtlicher deutscher Seite erfahren wir hierzu, daß nach der Sperrgebietserklärung holländische Reedereien darum gebeten haben, 33 in Falmouth und Dartmouth liegende Dampfer, von denen 20 mit Getreide und Futtermitteln für die holländische Regierung geladen waren, noch nach Ablauf der auf den 5. Februar festgesetzten Auslaufsfrist aus dem Sperrgebiet herausbringen zu dürfen. Deutscherseits war, um der holländischen Regierung die 20 Ladungen von Getreide zukommen zu lassen, ausnahmsweise das Einverständnis gegeben worden, aber die Bedingung daran geknüpft, daß das Auslaufen nicht später als Mitternacht vom 10. zum 11. Februar geschehen dürfe. Auf diese Weise konnten die Schiffe in der allen U-Booten bekannten Schonfrist, die in der Nacht vom 12. zum 13. Februar ablief, das Sperrgebiet mit aller Sicherheit verlassen. Die holländischen Reedereien nahmen dieses Angebot mit Dank an, waren aber aus unbekannten Gründen außerstande, ihre Schiffe rechtzeitig aus England herauszubringen. Sie erneuerten ihre Bitte um Gewährung einer Ausfahrtmöglichkeit zu einem späteren Termin. Dabei ist ihnen mit-

geteilt worden, ihre Schiffe könnten **entweder in voller Sicherheit am 17. März oder mit nur relativer Sicherheit am 22. Februar auf einem bestimmten Wege Dartmouth und Falmouth verlassen.**

Von diesem Angebot wollten 18 Schiffe am 22. Februar Gebrauch machen und den Weg in gemeinsamer Fahrt zusammen zurücklegen. Diese Nachricht ging am 16. Februar in Berlin ein. Den Reedern dieser 18 Schiffe wurde darauf nochmals ausdrücklich mitgeteilt, daß **für den 22. Februar keine unbedingte Sicherheit geleistet werden könne,** da es ungewiß sei, ob alle in dem zu passierenden Gebiet arbeitenden Unterseeboote den funkentelegraphischen Befehl erhalten würden. Dabei wurde auch betont, daß wegen Minengefahr außerhalb der angegebenen Kurslinie überhaupt keine Gewähr übernommen werden könne. Anscheinend haben schließlich acht Schiffe das Risiko der Fahrt auf sich genommen.

Wenn die holländischen Nachrichten zutreffen, daß diese acht Schiffe zugrunde gegangen sind, — eins davon soll an der englischen Küste auf Minen gelaufen, die andern sieben am Nachmittag des 22. Februar auf der verabredeten Kurslinie vernichtet worden sein —, so wird dies tief bedauert. Aber die **Verantwortung dafür trifft die Reeder,** die es vorgezogen haben, ihre Schiffe nur aus relativer Sicherheit am 22. Februar herauszuschicken, anstatt bis zum 17. März zu warten, zu welchem Zeitpunkt ihnen volle Sicherheit zugesagt war.

Eine Meldung unserer U-Boote liegt noch nicht vor.

—*

Ein französischer Transportdampfer torpediert.

Der französische Marineminister teilte mit, daß der Transportdampfer der „Messageries Maritimes", „Athos" von 12 000 Tonnen, der Senegal-Tirailleure und Kolonialarbeiter nach Frankreich führte, im Mittelländischen Meer torpediert wurde. 1450 Mann seien gerettet.

Die Angaben über die Todesopfer des bei Malta versenkten französischen Transportdampfers „Athos" schwanken. Wieviel von den geretteten Senegalschützen und Kolonialarbeitern verletzt sind, verschweigt der Bericht. Die Schwerverletzten blieben in den Lazaretten von Malta. Die Versenkung erfolgte trotz der Begleitung des „Athos" durch zwei Torpedojäger und ein nachfolgendes Kanonenboot.

Aus Washington wird gemeldet: Der amerikanische Konsul in Malta drahtet an das amerikanische Ministerium des Äußern, daß der amerikanische Missionar Haawen aus Futschou ertrunken ist. Er befand sich an Bord des Dampfers „Athos", der am 17. Februar ohne Warnung durch ein U-Boot torpediert wurde.

*

Die Schiffsverluste im Monat Januar.

Berlin, 26. Februar. (Amtlich). Im Monat Januar sind 170 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 336 000 B.-R.-T. durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte verloren gegangen, davon sind 91 Fahrzeuge mit 245 500 B.-R.-T. englisch.

Außerdem sind 58 neutrale Handelsfahrzeuge mit 103 500 B.-R.-T. wegen Beförderung von Bannware zum Feinde versenkt worden.

Der Monatsverlust beträgt also insgesamt

228 Fahrzeuge mit 439 500 B.-R.-T.

Mit Kriegsbeginn sind somit 4 357 500 B.-R.-T. feindlichen Handelsschiffsraums verloren gegangen, davon sind 314 500 B.-R.-T. englisch.

Ferner sind von den Seestreitkräften der Mittelmächte 459 neutrale Schiffe mit 641 000 B.-R.-T. wegen Bannwarenbeförderung versenkt oder als Prisen verurteilt worden. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Die Versenkung des schwedischen Dampfers „Edda", über die am 16. Februar berichtet wurde, ist, wie die Untersuchung ergeben hat, zu Unrecht erfolgt. Es ist anzunehmen, daß die Eigentümer von dem Schiff und der Ladung für ihren Verlust schadlos gehalten werden.

*

Der verschärfte Tauchbootkrieg.

Von zurückgekehrten U-Booten sind neuerdings 11 Dampfer, 2 Segler und 8 Fischerfahrzeuge versenkt worden. Unter den versenkten Dampfern befand sich der englische Transporter „A 19" (Dampfer „Afric" der White-Star-Linie, 11 999 Tonnen), der am 12. Februar auf dem Wege von Liverpool nach Plymouth vernichtet wurde. Mit den übrigen versenkten Schiffen gingen u. a. verloren: 8600 Brutto-Register-Tonnen Kohlen, 1600 Tonnen Stückgut und 3000 Tonnen Salpeter.

Von den norwegischen Konsulaten in Plymouth, Cork, London und Brest ist bei der Regierung in Kristiania Mitteilung eingetroffen, daß die fünf großen Dampfer „Torgny", „Dalbeattie", „Rutenfjell", „Cabo" und „Juno" am 19. und 20. Februar von deutschen Unterseebooten versenkt worden sind. Der Gesamtverlust der norwegischen Kriegsversicherung an diesen fünf Dampfern beträgt über fünf Millionen Kronen.

Die Kämpfe im Orient.

Schwere Kämpfe in Mesopotamien.

Der amtliche türkische Bericht meldet: Am 22. Februar machte der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung mit vier Brigaden einen Angriff auf unsere Stellung bei Fellahie. Der Kampf spielte sich hier mit äußerster Heftigkeit ab. Trotz der sehr schweren Verluste gelang es dem Feinde nicht, einen entscheidenden Erfolg zu erringen.

Der Berichterstatter der Agentur Milli in Mesopotamien teilt mit: Südlich Kut-el-Amara war es den Engländern nach ihrer letzten Niederlage nicht möglich, ihr Wagnis weiter durchzuführen. Im Laufe der Schlacht am 17. Februar — vor unseren Fellahie-Stellungen — wurde eine bis in unsere Gräben vorgedrungene Brigade farbiger Engländer vernichtet. Die wiedereroberten Gräben waren mit Leichen der Engländer angefüllt. Nach Aussagen Gefangener und nach Mitteilungen aus anderen Quellen fuhren mehrere Schiffe voll englischer Verwundeter südwärts. Die englischen Verluste in den letzten Kämpfen übersteigen 30 000 Mann.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ein französisches Luftschiff abgeschossen.

WTB. Berlin, 25. Februar. (Amtlich.) In der Nacht vom 23. zum 24. Februar wurde durch unser Abwehrfeuer ein französisches Lenkluftschiff in Brand geschossen und stürzte in Flammen gehüllt bei Wolferdingen, westlich Saargemünd, zur Erde nieder. Beim Aufschlagen auf den Erdboden explodierte die mitgeführte Abwurfmunition. Die gesamte, 14 Mann betragende Besatzung ist tot. Die im übrigen gut erhaltenen Ueberreste des Schiffes lassen die Konstruktion der Einzelheiten gut erkennen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 26. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An mehreren Abschnitten zwischen Armentieres und der Avre scheiterten englische Erkundungsvorstöße, die teils nach Feuervorbereitung, teils überraschend erfolgten.

Südlich von Cernay in der Champagne griffen die Franzosen vergeblich an.

Zwischen Maas und Mosel gelangen Unternehmungen eigener Erkundungsabteilungen.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner gestern acht Flugzeuge, dabei zwei aus einem Fliegergeschwader, das erfolglos im Saargebiet Bomben abwarf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern

Westlich der Aa wurden russische Jagdkommandos abgewiesen.

An der Bahn Kowel—Luck glückte unsern Erkundern das Ausheben einer feindlichen Feldwache.

Südlich von Brzezany schlug ein Teilangriff der Russen fehl.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Am Vortage mißlang ein mit starken Kräften geführter russischer Angriff nördlich des Tataren-Passes.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen und an der Mazedonischen Front sind keine wesentlichen Ereignisse gemeldet.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Amerikanisches.

Reuter meldet aus Washington: Amtlich wird bekanntgemacht: Wilson hat beschlossen, am 5. März den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzurufen. Nach einem Telegramm der „Central News" hat der juristische Ausschuß im amerikanischen Senat den Gesetzentwurf verworfen, durch den der Präsident ermächtigt werden sollte, sich der Land- und Seestreitkräfte zur Verteidigung der Neutralität zu bedienen. Der Senatsausschuß vertritt die Meinung, daß der Präsident nach der Verfassung bereits genügende Vollmacht besitze.

Der amerikanische Senat hat mit sämtlichen Stimmen die Tagesordnung des republikanischen Abgeordneten Fall angenommen, durch die der Präsident ermächtigt wird, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu gebrauchen, um den Handel, das Leben und den Besitz der Bürger der Vereinigten Staaten zu beschützen.

Die Petersburger „Börsen-Zeitung" teilt aus diplomatischen Kreisen mit: Zwischen Washington und Tokio findet gegenwärtig ein lebhafter Schriftwechsel statt. Bevor Amerika Deutschland gegenüber schicksalsschwere Schritte unternimmt, muß es sich diplomatisch den Rücken decken. Auf dem Spiel stehen merkantile Interessen im Stillen Ozean. Amerikas Einmischung in den Krieg würde seine Wachsamkeit im fernen Osten schwächen. Es gilt daher, sich Japans Loyalität zu vergewissern. In Aussicht stellen diplomatische Kreise bereits ein freundschaftliches Uebereinkommen zwischen Japan und Amerika. Die Verbündeten werden versuchen, ein amerikanisches Eingreifen auf bestimmte Garantien zu stützen.

Das Staatsdepartement teilt den Empfang der neuen britischen „Order in Council" mit und erklärt, daß sie nicht zur Grundlage eines amtlichen Schrittes der amerikanischen Regierung gemacht werden wird. — Die Hoffnung gewisser nordseeneutralen Blätter, daß Wilson sich rühren werde, ist eitel. Die englische Verschärfung ist nur für die Nordseeneutralen bestimmt.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 26. Februar.

Abfindung von Kriegerwitwen bei Wiederverheiratung. Das Militärhinterbliebenengesetz sieht eine Abfindung der sich wieder verheiratenden Witwen nicht vor. Dadurch wird fraglos in manchen Fällen eine Wiederverheiratung verhindert, die bei einer Abfindung der Versorgungsgebührnisse sonst erfolgt sein würde. Das ist durchaus unerfreulich. Nun ist der Regierung in unbegrenzter Höhe durch den Reichshaushaltsetat eine Summe zur Verfügung gestellt worden, aus der sie aus der Versorgung sich ergebende Härten beseitigen oder mildern kann und soll. Auf Grund dieser Ermächtigung hat das Kriegsministerium einen Erlaß herausgegeben, der in bestimmten Fällen eine Abfindung von Kriegerwitwen bei ihrer Wiederverheiratung vorsieht. Voraussetzung für diese Abfindung ist einmal das Vorhandensein eines Bedürfnisses zur Abfindung und der Bezug eines Kriegswitwengeldes aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kann bis zur 2½fachen Höhe der Kriegsversorgung eine Abfindung gegeben werden. Die Abfindung beträgt im Höchstfalle

1000 Mark für die Witwe eines Gemeinen,
1250 Mark für die Witwe eines Unteroffiziers, Sergeanten usw.
1500 Mark für die Witwe eines Feldwebels, Vizefeldwebels usw.

Die Höchstsätze für Offizierswitwen lassen wir hier außer Betracht. In der Regel sollen nur solche Witwen berücksichtigt werden, die das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die Bewilligung erfolgt auf Antrag; sie kann in besonders gearteten Fällen ausnahmsweise auch für die zurückliegende Zeit erfolgen. Gesuche sind an die örtlichen Fürsorgestellen für Kriegshinterbliebene oder an die Ortspolizeibehörde zu richten, die sie weiterzugeben haben. Aus den Anträgen muß hervorgehen, zu welchem besonderen Zwecke (Beschaffung einer Aussteuer, von Möbeln, eines Geschäfts aus Anlaß der Wiederverheiratung) die Abfindungssumme Verwendung finden soll. Die Auszahlung der Abfindungssumme erfolgt durch die Kassenbehörde an die Witwe nach der Wiederverheiratung gegen Vorlage der standesamtlichen Heiratsurkunde. Die Abfindungssumme gilt als Vorschuß für den Fall, daß später eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit mit rückwirkender Kraft eintreten sollte. Ob die Abfindung gewährt wird, hängt vom pflichtgemäßen Ermessen der Heeresverwaltung ab; ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

Stammrollenaufnahme für Hilfsdienstpflichtige. In der letzten Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Bekanntmachung genehmigt, die Bestimmungen über die Ausführung des § 7 des Hilfsdienstpflichtgesetzes zum Gegenstand hat. Es handelt sich, wie berichtet wird, in der Hauptsache darum, die Hilfsdienstpflichtigen in den Stammrollen aufzunehmen, um sie alsdann im gegebenem Falle zur Dienstleistung heranzuziehen. Die Ortsbehörden müssen Listen aufstellen, in die alle diejenigen männlichen Deutschen, die in der Zeit nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1870 geboren sind, aufzunehmen sind. Es handelt sich hierbei also um die nicht mehr landsturmpflichtigen männlichen Deutschen. Auch eine Anzahl Ausnahmen sehen die Bundesratsbestimmungen vor und zwar beziehen diese sich auf einige Berufe, die von den in Frage kommenden männlichen Personen vor dem Jahre 1917 selbständig oder im Hauptberuf ausgeübt worden sind. In Frage kommen hierbei Aerzte, Apotheker, Tierärzte, Beamte, die im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienst tätig sind, Angehörige der Land- und Forstwirtschaft und solche, die im Zusammenhang mit unserer Schiffahrt stehen, Beamte, die im Eisenbahnverkehr tätig sind usw. Selbstverständlich bleiben auch alle diejenigen Berufe ausgenommen, die in direktem Zusammenhang mit dem Kriegsbedarf stehen, so u. a. die Angestellten von Werften, Pulverfabriken, Bergwerken usw. Um aber hierüber hinaus die Möglichkeit zu schaffen, noch weitere Berufe von der Aufnahme in die Stammrollen der Hilfsdienstpflichtigen auszunehmen, dürften die einzelnen Kriegsämter ermächtigt werden, bestimmte Betriebe als nicht für die Hilfsdienstpflicht in Frage kommend zu bezeichnen.

Die Lübecker Genossenschaftsbäckerei hielt am Sonnabend im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung ab. In derselben erstattete der Geschäftsführer Genosse Pape den Geschäftsbericht. Danach betrug der Brotumsatz im Geschäftsjahre 1 434 407,94 Mark. In der eigenen Mühle wurden 14 380 Sack und 186 Pfund Getreide vermahlen. Verbacken wurden insgesamt 5 553 784 Pfd. Getreide. Die Anzahl der verkauften Brote beträgt 3 196 854; davon waren 1 126 732 Grobbrote, 1 498 054 Feinbrote, 247 912 große Weizenbrote und 324 156 kleine Weizenbrote. Die gesamte Einnahme bezifferte sich auf 1 495 450,87 Mk., der eine Gesamtausgabe von 1 431 264,28 Mk. gegenübersteht, so daß ein Reingewinn von 64 186,59 Mk. erzielt wurde. Es wurde beschlossen, hiervon 12 610,07 Mk. für Abschreibungen zu verwenden. Wie in früheren Jahren wird wieder eine Dividende von 20 Prozent in Brotmarken verteilt, wofür 4070 Mk. gebraucht werden. Eine ganze Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen erhielt Zuwendungen in Höhe von 100 bis 1000 Mk. Vom Reingewinn würden weiter 12 000 Mk. für die Anlage einer Getreideentkeimung zurückgestellt, 10 000 Mk. dem Baufonds überwiesen, 10 000 Mk. dem Pferdereservefonds zugewiesen und 511,78 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Das Spareinlagenkonto erhöhte sich auf 452 550,15 Mk., das sind rund 46 000 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 939 317,74 Mk. ab. Am 1. Januar 1917 waren 1309 Mitglieder mit einer Gesamthaftsumme von 39 270 Mk. vorhanden. Von der Generalversammlung wurde den Vorschlägen des Aufsichtsrates zugestimmt. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Beck und Radden wurden wiedergewählt. Genosse Pape erinnerte dann noch daran, daß die Gründung der Genossenschaftsbäckerei genau vor 28 Jahren erfolgt sei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Weiterentwicklung in der bisherigen kräftigen Weise sich vollziehen möge. Dem schloß sich der Vorsitzende des Aufsichtsrates an, der denen dankte, die dazu beigetragen haben, die Genossenschaft groß zu machen.

Invalidenrente nach Betriebsunfällen. Wird ein Arbeiter lediglich durch einen Betriebsunfall mehr als 66⅔ Proz. erwerbsbeschränkt, dann erlischt damit nicht grundsätzlich das Recht, neben der Unfallrente auch die Invalidenrente zu beziehen. Diese ist vielmehr zu zahlen, bis die Unfallrente festgesetzt ist. Stellt sich dann heraus, daß die Unfallrente höher ist als die Invalidenrente, was zumeist der Fall sein wird, dann ruht die Invalidenrente. Ist diese aber höher als die Unfallrente, dann kommt der die Unfallrente übersteigende Teil der Invalidenrente auch zur Auszahlung. Ist die Invalidenrente für eine Zeit gezahlt worden, für die der Arbeiter einen Anspruch auf Unfallrente hatte, so kann die Versicherungsanstalt als Ersatz die Unfallrente beanspruchen. Dies gilt auch bei Heilanstaltspflege, die der Träger der Unfallversicherung gewährt. Nach dem Gesetz haben diese Träger das Recht, an Stelle der Krankenkassen, denen die Leistungen während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall obliegt, die Heilbehandlung zu übernehmen. Sie können dann auch Heilanstaltspflege anordnen.

Während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall besteht kein Anspruch auf Unfallrente. Ist der Arbeiter durch den Unfall Invalide geworden, hat er während dieser Zeit stets vollen Anspruch auf Invalidenrente. Dieser wird, wie das Reichsversicherungsamt entschieden hat, auch nicht dadurch beseitigt, daß die Berufsgenossenschaft an Stelle der Krankenkasse während der ersten dreizehn Wochen eine Heilanstaltspflege angeordnet hat. „Diese Fürsorge für den Verletzten seitens der Berufsgenossenschaft während der ersten dreizehn Wochen unterliegt einmal ihrem freien Ermessen und sie schließt ferner nicht ein Anerkenntnis ihrer Entschädigungspflicht in sich. Auch kann die Berufsgenossenschaft für diese freiwillige Leistung nach Maßgabe des § 1513 Abs. 2 der RVO. Ersatz ihrer Aufwendungen von der Krankenkasse beanspruchen." Während der ersten dreizehn Wochen ist also bei Unfällen, die die Invalidität des Verletzten zur Folge haben, stets die volle Invalidenrente zu zahlen.

Pockenfälle. Nachdem in der vorletzten Woche kein neuer Pockenfall in Lübeck zu verzeichnen war, sind in der verflossenen Woche wieder 4 Fälle aufgetreten, von denen einer (80jährige Frau) inzwischen verstorben ist. Von den übrigen dreien stammt die Ansteckung des einen aus Rußland.

Feuergefährliche Gegenstände dürfen mit der Post nicht versandt werden. Trotz wiederholt ergangener dringender Warnungen vor der verbotwidrigen Versendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Post, insbesondere die Feldpost, werden immer noch feuergefährliche Sachen, wie Streichhölzer, Benzin, Äther, Calciumkarbid u. dergl. abgesandt. Die Mahnung, derartige Sachen nicht zu verschicken, wird nachdrücklichst wiederholt. Zuwiderhandlungen werden nach § 367 unter 5a des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft und im Betretungsfalle ausnahmslos gerichtlich verfolgt.

Höchstpreise für Bier. Anläßlich des Anwachsens der Bierpreise hat die Regierung die Festsetzung von Höchstpreisen zunächst für untergäriges Bier angeordnet. Die Hersteller sollen erhalten für 100 Liter untergäriges Bier in Fässern höchstens 31 Mark, für einfaches Bier 20 Mark. Die Festsetzung von Kleinhandels-Höchstpreisen ist den Landeszentralbehörden vorbehalten.

Im Stadttheater gelangte gestern nachmittag für den Arbeiterbildungsverein Sudermanns Schauspiel „Stein unter Steinen" vor ausverkauftem Hause zur Aufführung und erzielte dank der vortrefflichen Wiedergabe, um die sich besonders die Herren Fuchs, Steinhofer, Schweisguth, Ebhardt, Stengel, Kowalewski sowie die Damen Kugler und Erler verdient machten, lebhaften Beifall.

wb. **Hansatheater.** „Die lustige Witwe", von Franz Lehar, die vor einem Jahrzehnt als Kassenstück aller deutschen Bühnen Hunderttausende entzückte, ist zu neuem Leben erweckt worden. Die Schar ihrer Verehrer ist noch immer groß, denn am Sonntag war das Haus ausverkauft. Und der „dumme Reiter"

das „Vilja=Lied“ und die graziösen Walzer rissen das Publikum zu förmlichen Beifallsstürmen hin. Wenn auch die Stimmittel von Frl. Harald, — die sich als Hanna Glavari präsentierte — nicht überragend sind, so pulst doch rechtes Soubrettenblut in ihr und ihre flotte Darstellung gleicht alles aus. Paula Franke sang ihre Partie als Valentine mit frischer Stimme und tanzte recht flott. Als Rosillon hörten wir den neuen Tenor Herrn Grave, der eine kräftige Stimme und eine gute Gestalt mitgebracht hat. Herr Franken war als pontuvdrinischer Gesandter sehr amüsant. Herr Mosten schuf einen recht komischen Gesandtschaftskanzlisten. Die Herren Geyer und Kaiser lieferten in ihrem Wettlauf um das „schwere“ Geld der Glavari gute Episoden. Herr Braun gestaltete den Danilo ausgezeichnet. Stimmlich gut disponiert, darstellerisch auf der Höhe und „fesch“, trug er zu dem durchschlagenden Erfolge des Abends eine gute Portion bei. Zum Schluß sei noch der tüchtigen Direktion des Kapellmeisters Schlippe gedacht. Auch ihm gebührt ein gut Teil vom Gelingen der Auferstehung der „Lustigen Witwe“.

pb. **Ein Zugänger gestohlen.** Einem in der Gärtnergasse wohnhaften Gärtner ist in der Nacht zum Sonntag, dem 25. ds. Mts., ein Schwein, Zugänger von etwa 60 Pfund, aus seinem Stalle gestohlen worden.

pb. **Etwa 150 Köpfe Sellerie** sind in der Nacht zum Sonntag aus einer Miete in der Kahlhorststraße gestohlen worden.

pb. **Schweinediebstahl.** In der Nacht zum Sonntag, dem 25. ds. Mts., ist einer in Wesloe wohnhaften Witwe das in ihrem Stalle befindlich gewesene Schwein im Gewichte von etwa 150 Pfd. wahrscheinlich von zwei Tätern an Ort und Stelle geschlachtet und gestohlen worden.

pb. **Mittels Einbruches** sind aus einer Wirtschaft in der Marlesgrube in der Nacht zum 24. ds. Mts. folgende Sachen gestohlen worden: ein fast neuer lila Damenmantel, ein Alaska-Muff, eine Flasche Portwein, ein Pfund Butter, vier Fleisch- und Brotkarten, eine Schachtel Salem-Zigaretten, ein Seal-Muff, ein langer schwarzer Damenmantel und ein Paar graue Handschuhe.

pb. **Mittel- und obdachlos** wurde ein 12jähriger Zwangszögling aus Calbe i. Sachsen hier angehalten und in Schutzhaft genommen, der seinem Erzieher in Wiehe a. d. Saale entlaufen war.

pb. **Ihre Logiswirtin betrogen.** Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Carlshof bei Rastenburg wegen Betruges zum Nachteil ihrer Logiswirtin.

Fürstentum Lübeck. Eine Nachmusterung der Dienstunbrauchbaren und der wegen körperlicher Fehler Zurückgestellten (letztere soweit sie im Jahre 1898 und früher geboren sind) findet wie folgt statt: 1. am Montag, 5. März, vormittags 8½ Uhr in Röpers Gasthaus in Eutin für Wehrpflichtige aus den Gemeinden Bosau, Landgemeinde Eutin, Stadtgemeinde Eutin, Malente, Neukirchen, Redingsdorf und Süsel; 2. am Dienstag, 6. März, vorm. 8½ Uhr in Weidemanns Gasthaus in Ahrensböck für Wehrpflichtige aus den Gemeinden Stadt Ahrensböck, Landgemeinde Ahrensböck, Curau, Gleschendorf, Gnissau, Obernwohlde und Siblin; 3. am Mittwoch, 7. März, vorm. 8½ Uhr in Hechts Gasthaus in Schwartau für Wehrpflichtige aus den Gemeinden Stadt Schwartau, West-Ratekau, Ost-Ratekau, Rensefeld und Stockelsdorf. Zur Gestellung sind alle nach dem 7. September 1870 geborenen als dienstunbrauchbar ausgemusterten Personen verpflichtet, die in ihren Militärpapieren nicht ausdrücklich den Vermerk haben „Nicht zu kontrollieren“.

Eutin. Das Fürstentum Lübeck hatte nach der letzten Volkszählung eine Einwohnerzahl von 41 300. Grundfläche des Fürstentums 54 167. Hekt. Grundsteuer-Reinertrag 1 676 953 Mk. Gebäudesteuer-Mietwert 2 517 255 Mk. Staatliche Steuern: 1. Grundsteuer 50 779 Mk. 16 Pfg. 2. Gebäudesteuer 85 053 Mk. 15 Pfg. 3. Einkommensteuer 451 739 Mk. 4. Gesamtsteuer 587 571 Mark 31 Pfg. Stammvermögen: Auf Hypothek bezw. in Reichsanleihen und bei Gemeinden sind belegt: 230 000 Mk.

Hamburg. Die Erdgasquelle in Neuengamme. Von geradezu unschätzbarem Werte ist für Hamburg gegenwärtig die Erdgasquelle in Neuengamme in den Vierlanden. Denn nur dem Umstande, daß unsere Gaswerke in der Lage sind, dem künstlich erzeugten Gase eine sehr beträchtliche Menge Erdgas zuzusetzen, ist es zu verdanken, daß das private Publikum hierselbst im Gasverbrauch bisher noch gar nicht beschränkt werden brauchte. Die Folge dieser starken Ausnutzung der Erdgasquelle dürfte freilich ihr allmähliches Versiegen sein. Ueberhaupt haben sich die Voraussagen der Geologen über die Ergiebigkeit der Quelle nicht genug erfüllt. Schon in den letzten Jahren ist der Druck, unter dem das Erdgas entströmte, der sich anfänglich auf 23 bis 27 Atmosphären belief, auf 13 bis 14 Atmosphären zurückgegangen. Jetzt wird er sich bei der sehr starken Inanspruchnahme der Quelle durch die Gaswerke vermutlich noch stärker vermindern, so daß mit einem Versiegen der Quelle in absehbarer Zeit zu rechnen sein wird. Immerhin darf Hamburg außerordentlich zufrieden sein, daß ihm in dieser Zeit diese Quelle zur Verfügung steht und damit die sonst unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten der Gasversorgung ganz bedeutend erleichtert.

Altona. Ertrunken sind in der Süderelbe bei Moorburg zwei Mädchen im Alter von 14 Jahren. Beide hatten sich auf das Eis gewagt, um Schlittschuh zu laufen. Die Leichen sind noch nicht geborgen. — Ueberfahren und getötet wurde am Freitag der 10jährige Knabe Ehrhorn, dessen Eltern am Bahnhof in Wilhelmsburg wohnen. Er geriet unter ein Frachtfuhrwerk am Freiladegeleise.

Bordesholm i. Holst. Alles wird geimpft. Ein eigenartiger Gaunerstreich wurde im Kreise Bordesholm mit Erfolg durchgeführt. In einem Dorfe erschienen eines Tages zwei Männer, die der Einwohnerschaft kund und zu wissen taten, daß sie alle wegen der drohenden Pockengefahr geimpft würden, und zwar sofort, natürlich auch gegen alsbaldige Bezahlung in bar. Obgleich in dem Dorfe gerade die Dreschmaschine tätig war und es Arbeit in Hülle und Fülle, aber wenig Zeit zum Impfen gab, nutzte alles Widerreden nichts. Nur ein Landwirt war dickköpfig. An ihm verdienten die Gauner nichts. Er wollte, wie er erklärte, keine Pocken eingeimpft haben. Die übrigen wurden natürlich auch nicht geimpft. Man tat nur so. Leider machten es die Dorfbewohner bei der Bezahlung nicht ebenso. Sie zahlten wirklich, und als der Schwindel endlich ans Tageslicht kam, und zwar durch telephonische Anfrage des „dickköpfigen“ Landwirts, da waren leider die Gauner schon über alle Berge, wahrscheinlich neuen Impfabenteuern entgegen.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Stella maris“, Oper in 3 Akten von Kaiser. Nach einer französischen Erzählung ist hier ein Enoch-Arden-Stoff bearbeitet worden. Nach dreijähriger Abwesenheit kommt der Fischer Yanik in die Heimat zurück und findet die Geliebte als die Braut eines anderen, gerade im Begriff Hochzeit zu machen. Marga, so heißt das Mädchen, liebt Sylvain und reicht ihm die Hand zum ehelichen Bunde, obwohl Yanik sie an ihren Eid erinnert. Als Preis dafür, daß letzterer die Heimat wieder für immer verlassen will, gibt Marga sich ihm hin. Doch fast wäre diese Untreue umsonst gewesen; erst nach langem Widerstreben zieht Yanik wieder aufs Meer und Sylvain und Marga bleiben vereint. Die Musik, die Kaiser zu dieser Handlung geschrieben hat, ist nicht unwirksam, doch häufig recht laut. Eines vermißt man aber darin: die Seele. Und deshalb vermag sie innerlich nicht recht zu erwärmen. Frl. Hügli als Marga und Herr Kondracki als Sylvain gaben gesanglich und darstellerisch ihr Bestes. Auch Herr Hanson-Dere, der die hochliegende Partie des Yanik sang, hatte gute Momente. Tüchtige Leistungen boten ferner Frl. Bergau und Frau Vogel-Mack sowie die Herren Schumacher, Scanzer und Ludewigs. Auch der Chor bemühte sich durchweg mit Erfolg. Herr Dr. Reisch leitete die Aufführung, die Herr Brischke sorgsam inszeniert hatte, mit Geschick und Umsicht. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gebt Euer Gold für die Freiheit!

Gebt Euer Gold für den Sieg! 7612

Gebt Euer Gold für den Frieden!

Gelesene Nummern des „Volksboten“

bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Bekanntmachung

betreffend die Erhebung der Vorräte an Kartoffeln am 1. März 1917.

Auf Grund der Verordnung des Reichskanzlers vom 2. Februar 1917 über eine Erhebung der Vorräte von Kartoffeln am 1. März 1917 wird unter Bezugnahme auf die Ausführungsverordnung des Senats vom 17. Februar 1917 das Nachstehende angeordnet:

§ 1.

Wer mit dem Beginn des 1. März 1917 Kartoffeln im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, sie der zuständigen Behörde anzuzeigen, in deren Bezirk die Vorräte lagern.

Vorräte, die in fremden Speichern, Kellern, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vorbehaltlich der Vorschrift im Abs. 3 vom Verfügungsberechtigten anzuzeigen, auch dann, wenn er die Vorräte nicht unter eigenem Verschlusse hat.

Vorräte, die sich mit dem Beginn des 1. März 1917 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen.

Vorräte im Gewahrsam von Gemeinden oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbänden sind gleichfalls anzuzeigen.

Die Vorräte sind nach Zentnern und Pfunden anzugeben.

§ 2.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Vorräte, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens insbesondere der Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung stehen.

§ 3.

Die Erhebung erfolgt mittels Anzeigevordrucke, die in der Stadtgemeinde Lübeck, einschließlich des Eingemeindungsgebietes, am Dienstag, dem 27. Februar 1917, durch Schüler der oberen Klassen der höheren, Mittel- und Volksschulen, in den Landgemeinden durch die Gemeindevorstände verteilt werden. Die Anzeige ist am Vormittag des 1. März 1917 auszufüllen und von 12 Uhr mittags an zur Wiedereinsammlung bereit zu halten. Wer bei der Wiedereinsammlung nicht anwesend ist, hat die Anzeige noch am 1. März bis 6 Uhr nachmittags dem Statistischen Amte, das mit der Zusammenstellung der ermittelten Angaben beauftragt ist, oder dem zuständigen Gemeindevorsteher einzureichen.

Wer keine Vorräte besitzt, hat die Anzeige zu durchstreichen und mit Unterschrift versehen zurückzureichen.

§ 4.

Bis zum 15. März 1917 wird eine Nachprüfung der Erhebung durch beeidigte Vertrauensleute der Städtischen Kartoffelstelle vorgenommen.

§ 5.

Die Städtische Kartoffelstelle und die von ihr gemäß § 4 beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittelung richtiger Angaben Vorrats- und Betriebsräume [illegible] zu besichtigen, wo Kartoffeln [illegible] zu vermuten sind, zu durchsuchen, auch die Bücher und Geschäftspapiere der zur Anzeige Verpflichteten einzusehen.

§ 6.

Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder wer der Vorschrift im § 5 zuwider die Besichtigung oder die Einsicht der Geschäftspapiere oder Bücher verweigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können Vorräte, die verschwiegen worden sind, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Anmeldepflichtigen gehören oder nicht.

Wer fahrlässig die Angaben, zu denen er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Lübeck, den 21. Februar 1917.

7617 **Der Ausschuß für Kriegshilfe.**

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Speisefett.

In der Woche vom 26. Februar bis 4. März 1917 dürfen abgegeben und entnommen werden:

1. Auf Abschnitt **J VI** des Lebensmittelbuches nur 40 Gramm Butter,
2. auf Abschnitt **L V** des Lebensmittelbuches nur 40 Gramm Margarine,
3. auf jedes Butterbezugheft nur 8/9 der höchstzulässigen Bezugsmenge, und zwar 4 Teile in Butter und 4 Teile in Margarine,
4. auf den für die genannte Zeit gültigen Abschnitt der Zusatzfettkarte für Schwerstarbeiter nur 45 Gramm Margarine.

Der Verkaufspreis für 40 Gramm Butter ist auf 29 Pfg. und der für 40 Gramm Margarine auf 16 Pfg. festgesetzt.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 85 der Bundesratsverordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 24. Februar 1917. (7618

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 26. Februar bis 4. März 1917 dürfen auf die Fleischkarten für Erwachsene 250 gr und auf die Fleischkarten für Kinder 125 gr Fleisch mit Knochen entnommen werden und zwar 100 gr (auf Kinderkarten 100 gr) Schweinefleisch, der Rest anderes Fleisch. Auf die Zusatzkarten für Schwerstarbeiter (und Kranke) darf kein Schweinefleisch entnommen werden.

Lübeck, den 26. Februar 1917. (7625

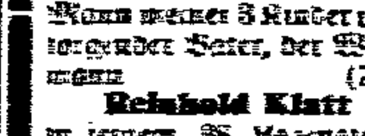
Das Polizeiamt.

Pflanzbohnen kauft

und zahlt für

Kruppbohnen Mk. 2.50—3.50
Große Bohnen „ 1.50—2.00

Der Ausschuß für Kriegshilfe.
Abteilung Gemüsebau, Mühlendamm 7.



Erhielt am 23. die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann meiner 3 Kinder treusorgender Vater, der Wehrmann (7620

Reinhold Klatt

im [illegible] 35. Lebensjahre am 17. 2. [illegible] durch einen Kopfschuß den Heldentod für das Vaterland gefunden hat.

Tief betrauert u. schmer[z]lich vermißt von seiner Frau [illegible] Geschwistern.

Emma Klatt [illegible]

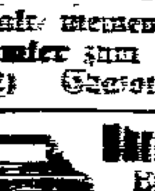
Am Sonnabend nach nach kurzer schwerer Krankheit unsere kleine süße

Walli

im zarten Alter von acht Monaten, tief betrauert von ihren Eltern u. Geschwistern

Paul Löwrick u. Frau geb. Geerz. (7621

Halte meinen beigncht. [illegible] **rammler** zum Decken bereit.
7622) [illegible]str. 19, Marli.



Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (7613
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, [illegible]str. 71

[illegible] (7614

[illegible], Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchsten Tagespreis.

Carl [illegible] Beckergrube 25.

Telephon [illegible].

[illegible] Alleinmädchen [illegible] (7619
[illegible]straße 22 part.

Große Bohnen
zum Pflanzen zu verkaufen.
7611) [illegible] 15, II.

Deutsch. Holzarbeiterverbd.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 27. Februar 1917
abends 8¼ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Bromme über: Das Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst.
2. Beantwortung eventuell in der Versammlung zu stellender Anfragen.

Nach Schluß findet eine

Versammlung der Krankenunterstützungskasse

statt.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1916.
2. Jahresbericht.
3. Wahlen.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

7616 **Die Lokalverwaltung.**

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Die in der ordentlichen General-Versammlung vom 24. Februar 1917 beschlossene Dividende kann von Mittwoch, dem 28. Februar d. Js., ab an den Wochentagen von morgens 9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr, gegen Vorzeigung der Guthabenscheine im Kontor der Genossenschafts-Bäckerei, Töpferweg 65, in Empfang genommen werden.

7623 **Der Vorstand.**

Hansa-Theater.

Heute: (7626
Geschlossen.
Dienstag, den 27. Februar abends 7½ Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten v. Lehár.

Stadttheater. 7624

Dienstag, d. 27. Februar 1917
Madame Legros.
Drama von Heinrich Mann.
Mittwoch, d. 28. Februar 1917
Die Csárdásfürstin
Operette von E. Kálmán.
Donnerstag, den 1. März 1917
Stella maris.
Oper von Alfred Kaiser.
Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Nr. 48
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 26. Februar 1917

Die „Schuld“ Belgiens.

In dem wieder aufgenommenen Streit über die „Schuld Belgiens“ sind zu den alten Beweisen Berufungen auf Aussagen französischer Soldaten gekommen, die erklären, vor der Kriegserklärung Deutschlands auf belgischem Boden gewesen zu sein. Das hat nun Genossen Huysmans veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

„Ich kenne die belgische Politik und ihre Kulissen. Diejenigen, die gleich mir den Debatten der belgischen Kammer, den Sitzungen der Abteilungen und Kommissionen und der geheimen Kammersitzung beigewohnt haben, wo der Kabinettschef die Mitglieder aufforderte, in alle Informationen Einsicht zu nehmen, können bezeugen, daß die aus unseren politischen Gegnern zusammengesetzte Regierung loyal und ehrenhaft gehandelt, und daß wir ihr nichts vorzuwerfen haben. Der einzige Vorwurf, den wir erheben können, trifft die vorige Regierung, die Leopold II., die der deutschen Regierung zu Gefallen auf der zweiten Haager Konferenz gegen das obligatorische Schiedsgericht gestimmt hat.

Aber da ist noch etwas anderes. Die angebliche Anwesenheit französischer Truppen in Belgien vor dem 4. August 1914! Die belgischen Sozialisten haben darüber eine Untersuchung angestellt. Wir können sie derzeit nicht veröffentlichen, weil wir durchaus keine Lust haben, noch mehr Belgier der Deportation zuzuführen. Aber ich kann Ihnen das Ergebnis dieser Untersuchung bekanntgeben:

Vor der Kriegserklärung hat kein einziger französischer Soldat den belgischen Boden betreten.

Ich erlaube mir, den zahlreichen Zeugnissen unserer Genossen das meine hinzuzufügen.

Ich habe die Grenze auf der Rückreise von Paris in der Nacht vom 4. zum 5. August passiert. Ich mußte einige Kilometer vor der Grenze aussteigen und habe die Grenze zu Fuß passiert. Ich konnte mir so über die getroffenen Maßnahmen und die Anwesenheit der Truppen Rechenschaft geben. Ich habe mit den Bewohnern gesprochen. Ich bin mit Beamten zusammengekommen. Ich habe diejenigen gesehen, die auf beiden Seiten der Grenze die Ordnung aufrecht zu erhalten hatten. Es waren keine französischen Truppen in Belgien, dort, wo ich vorbeikam.

Und wissen Sie den Hauptgrund?

Weil in der Nacht vom 4. zum 5. August der belgische Generalstab noch nicht die Order zurückgezogen hatte, auf die fremden Truppen zu schießen, falls diese die Grenze von Süden her überschreiten sollten.“

Natürlich ist die Frage, wie Belgien seine Neutralitätspflicht gewahrt hat, zu kompliziert, um sich in dem einen Punkt der Grenzüberschreitung zu erschöpfen. Die Erklärung Huysmans darüber hat möglicherweise mehr Gewicht, als Aussagen von ein paar Soldaten, die doch wahrscheinlich nicht genau gewußt haben müssen, ob irgend ein Dorf zu Frankreich oder zu Belgien gehört, ganz abgesehen von der Zuverlässigkeit des Gedächtnisses nach einem solchen Zeitablauf. Im übrigen meinen wir, daß die bekannte erste Erklärung Bethmann-Hollwegs zeitlich wichtiger ist. Man wird aber auch in Belgien nicht von dem Brauch der Regierungen abgegangen sein, den Volksvertretungen nur soweit Einblick in die diplomatischen Abmachungen zu gewähren, als es den Lenkern der Diplomatie eben paßt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt als Antwort auf die durch Funkspruch vom Eiffelturm verbreitete Erklärung Camille Huysmans, nach denen die belgische Regierung ihren Neutralitätspflichten loyal und ehrlich nachgekommen sei, neue Belege über die Haltung Belgiens.

Sie weist auf den früher schon veröffentlichten Bericht des Barons von Greindl von 1911 hin, welcher die Drohung einer französisch-englischen Invasion, um Belgien mit sich fortzureißen, betont, und ebenso die Eröffnungen des Obersten Barnardiston zur Zeit des Abschlusses der Entente Cordiale als Fingerzeig für Englands und Frankreichs Absichten anführt. Danach sollten die englischen Truppen, etwa 100 000 Mann, zwei Armeekorps, vier Kavalleriebrigaden und zwei Brigaden berittener Infanterie an der französischen Küste landen. Der belgische Generalstabschef wurde gebeten, die Frage des Transportes dieser Streitkräfte zu studieren, wo sie nützlich sein könnten, zu welchem Zweck er eine genaue Aufstellung der Landungsarmee erhalten sollte.

Das Blatt veröffentlicht sodann militärische englische und belgische Aktenstücke aus den Akten des belgischen Generalstabes in Brüssel selbst in der Uebersetzung.

Das sind: Eine Aufstellung über die Kriegsstärken der vorerwähnten Landungsarmee und der Plan ihrer Landung in Calais, Boulogne und Cherbourg. Diese beiden Schriftstücke stammen offensichtlich aus dem englischen Generalstabe. Dann folgen Ausarbeitungen des belgischen Generalstabes für die Eisenbahnfahrt der englischen Truppen durch Belgien auf vier Eisenbahnlinien, und zwar für zwei Aufmarschpläne, einmal in der Gegend von Brüssel, Löwen und Aerschot, sodann in der Gegend von Dinant, Ciney, Namur und Flawine, westlich von Namur. Beide Pläne tragen die Bezeichnung: Herrn Barnardiston mitgeteilt (Ende März).

Nach diesem Material soll kein Zweifel möglich sein, daß Belgien sich 1906 in die Hände der Entente begeben hat. Angesichts dieser Tatsachen wird, so schließt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die belgische Regierung den Nachweis nicht zu erbringen vermögen, daß Belgien, wie in ihrer Note vom 10. Januar behauptet wird, allen Nachbarn gegenüber mit peinlicher Loyalität seine Pflichten betätigt habe, die ihm die Neutralität auferlegt hat.

Für den Fernstehenden wird sich ein endgültiges Urteil über diese Streitpunkte erst später einmal bilden lassen, heute fehlen dazu wichtige Unterlagen, ebenso wie die Freiheit der Meinungsäußerung. Beides wird es erst nach dem Kriege geben. Wir können deshalb für die Gegenwart nur andeuten, daß uns die Kanzlerworte aus den ersten Kriegstagen noch für unerschüttert gelten und daß nachträgliche Entdeckungen die Absichten der deutschen Regierung und die Kenntnisse des belgischen Volkes nicht verändern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem preußischen Landtag.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend den Etat des Finanzministeriums genehmigt. Ein Antrag der Polen auf Streichung der in diesem Etat enthaltenen Dispositionsfonds zur Förderung des Deutschtums im Osten wurde gegen die Stimmen der Polen, der Dänen, des Zentrums, der Sozialdemokraten und einiger Fortschrittler abgelehnt. Die vorausgegangene Debatte drehte sich ausschließlich um den Antrag auf Gewährung von Teuerungszulage an Beamte. Redner aller Parteien traten für den Antrag ein und auch der Finanzminister Dr. Lenze stellte eine nochmalige wohlwollende Prüfung in Aussicht. Die Regierung werde erwägen, ob angesichts der andauernden Teuerung die bestehenden Teuerungszulagen erhöht und der Kreis der Unterstützungsempfänger ausgedehnt werden müsse. Dem Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, Adolf Hoffmann, wurde durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten. Infolgedessen entspann sich eine turbulente Szene. Abg. Dr. Friedberg nannte Hoffmann einen gewerbsmäßigen Verleumder, dieser gab ihm das Wort Heuchler zurück.

Der zweite Teil der Sitzung begann mit der Beratung des Etats der Justizverwaltung. — Abg. Dr. Bell (Ztr.) äußerte in längerer Rede eine Reihe von Wünschen, vor allem verlangte er die Unabhängigkeit der Richter. — Nach einer kurzen Erwiderung des Justizministers wurde die Beratung auf Montag vertagt. Im Anschluß daran soll die zweite Lesung des Kultusetats beginnen.

Batocki zu den Ernährungsfragen.

Im Reichstagsausschuß zur Beratung der Ernährungsfragen verwies am Sonnabend Batocki auf die Notwendigkeit, den Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr so rechtzeitig festzustellen, daß alle Beteiligten sich danach einrichten könnten. Die Grundsätze des Planes sollten spätestens bis zum 15. März veröffentlicht werden. Die Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel sei eine Notwendigkeit. Ich hoffe, daß alle Beteiligten dafür volles Verständnis haben und die Rationierung willig hinnehmen werden. Das Hauptaugenmerk sei auf die Bereitstellung von Frühgemüse und Frühobst zu richten, das durch die öffentliche Wirtschaft den Verbrauchern zuzuführen ist. Der Anbau von Frühkartoffeln, insbesondere im Rheinland und in Westfalen, solle nachdrücklichst gefördert werden. Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln habe ab 1. Juli zu erfolgen. Ich muß ferner erklären, daß die Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises ohne gleichzeitige Herabsetzung der Rindvieh- und Schweinepreise unannehmbar ist. Die Preiserhöhung für Brotgetreide sei bedingt durch die Lage des Weltmarktes und die Bedürfnisse der Produktion und die Herabsetzung der Viehpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher. Schließlich wäre auch möglich, trotz der Erhöhung der Brotgetreidepreise die Brotpreise auf der gleichen Höhe zu halten. Dabei müßten die Gemeinden mitwirken und sich dazu äußern. Bezüglich der Kartoffeln sei geplant, den Preis im ganzen Reiche für das ganze Jahr auf 5 Mk. für den Zentner festzusetzen. Dabei solle unter der Aufsicht der Reichskartoffelstelle den südlichen Bundesstaaten und dem Westen gestattet werden, bis zu 6 Mk. zu gehen. Eine Erhöhung der Fleischration könne jedoch nicht mehr, wie früher in Aussicht gestellt, zugesagt werden. Die Hauptsache sei die Erhaltung der Milchkühe und die Förderung der Milch- und Buttererzeugung. — Ausführlicher Bericht folgt.

Abänderung des Offiziers-Pensionsgesetzes.

Nach dem jetzt geltenden Offiziers-Pensionsgesetz beziehen die pensionierten Offiziere, die sich bei Kriegsausbruch wieder zur Verfügung gestellt haben, nach Beendigung des Krieges wieder ihre früheren Pensionen. Offiziere, die als Hauptmann pensioniert wurden und nun im Kriege zum Major befördert worden sind, erhalten, wenn sie wieder in das aktive Verhältnis zurücktreten, lediglich die Pension des Hauptmanns. Der Vorstand des Vereins inaktiver Offiziere hat sich nun mit einer Eingabe an den Reichstag gewendet, in der eine Abänderung des Offiziers-Pensionsgesetzes verlangt wird und zwar nach der Richtung hin, daß die inaktiven Offiziere die Pensionen des Dienstgrades erhalten sollen, den sie im Kriege erreicht haben.

An sich scheint dieses Verlangen nicht unberechtigt zu sein; aber es wird ein Unterschied gemacht werden müssen, ob es sich um Offiziere handelt, die bei der kämpfenden Truppe verwendet wurden, oder um solche, die in der Heimat mit Stellen betraut worden sind, die eben so leicht von Unteroffizieren hätten ausgefüllt werden können. Man hat bei Kriegsbeginn Leutnants wiedereingestellt, die seit langen Jahren inaktiv waren, heute schon in hohem Lebensalter stehen und die lediglich auf Bahnhöfen usw. zu einer Tätigkeit verwendet worden sind, die als besonders wichtig durchaus nicht bezeichnet werden kann. Während dieser Zeit haben diese Offiziere statt ihrer erheblich niedrigeren Pension das Gehalt ihrer Stelle bezogen und haben darin schon einen Ausgleich für ihre Tätigkeit während des Krieges gefunden. Ihnen nun nach Beendigung des Krieges auch noch eine höhere Pension zu zahlen, wäre kaum zu rechtfertigen, sodaß der Wunsch des Vorstandes des Vereins inaktiver Offiziere in der jetzt geäußerten Form wohl schwerlich berücksichtigt werden kann; schon im Hinblick auf die ganz wesentlich höheren Ausgaben, die dem Reiche daraus erwachsen würden. Gleich nach Ausbruch des Krieges ist im Reichstag angeregt worden, die Pensionsgesetze für Offiziere und Mannschaften nach dem Kriege zu ändern, weil insbesondere die Pensionen der Mannschaften durchaus nicht dazu ausreichen, den gesteigerten Lebensunterhalt bestreiten zu können. Von der Regierung ist eine Zusage nach der Richtung hin gegeben worden, und der Reichstag wird sicher nicht verfehlen, darauf zu dringen, daß diese Zusicherung auch erfüllt wird.

Die Kanzlerfronde.

Der Stuttgarter „Beobachter“ berichtet über eine Zusammenkunft, die von den Herren Emil Kirdorff, Admiral v. Knorr und Graf Hoensbroech für Sonntag, den 25. Februar nach dem Hotel Adlon in Berlin einberufen wurde. Als Gegenstand der Beratung ist der Wechsel im Reichskanzleramt angegeben worden. In der Einladung wurde ferner mitgeteilt, daß Graf Westarp sein Erscheinen zugesagt habe. Offenbar ist die Einladung schon ergangen, ehe der Reichstag einberufen ist; denn unter den Forderungen, die aufgestellt werden, ist auch die der sofortigen Einberufung des Reichstages. Im Falle der Weigerung sollte

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

102. Fortsetzung.

Peter Petrowitsch begab sich nach dem Sofa und ließ sich Sonja gegenüber nieder, schaute sie aufmerksam an und nahm eine außerordentlich gesetzte, ja sogar strenge Miene an: Sonja veränderte sich.

„Zunächst wollt Ihr um Entschuldigung für mich bitten, Sofia Semenowna, bei Eurer verehrten Frau Mutter. Es ist doch wohl so, daß Katharina Iwanowna bei Euch Mutterstelle vertritt?“ begann Peter Petrowitsch in sehr ehrbarem, aber doch freundlichem Tone. Es war augenscheinlich, daß er die wohlwollendsten Gesinnungen hegte.

„Jawohl, sie vertritt Mutterstelle bei mir“, antwortete Sonja traurig und befangen.

„Nun, so entschuldigt mich bei ihr, daß ich infolge widriger Umstände veranlaßt wäre auszubleiben und nicht zu dem Essen kommen könnte; das heißt zu dem Gedächtnisessen.“

„Gut, ich will es ihr sagen, sogleich“, sagte Sonja und sprang schnell von ihrem Stuhl empor.

„Noch nicht“, hielt sie Peter Petrowitsch zurück, lächelnd über ihre Naivetät und Unkenntnis des Tones. „Ihr kennt mich noch ein wenig, liebste Sofia Semenowna, wenn Ihr denkt, daß ich aus diesem unbedeutenden, mich allein angehenden Grunde eine Persönlichkeit wie die Eure hätte zu mir rufen lassen.“

Sonja setzte sich schnell wieder nieder. Die grauen Kassenscheine, die noch nicht von dem Tische weggenommen waren, suchen ihr in die Augen, aber sie wandte schnell das Gesicht zur Seite und schaute nach Peter Petrowitsch; es erschien ihr plötzlich recht unanständig, ihr besonders, nach fremdem Gelde zu schauen. Sie richtete den Blick auf das goldene Lorgnon Peter Petrowitschs, welches dieser in der linken Hand hielt und zugleich auf den großen, massiven, ausnehmend schönen Siegelring mit gelbem Stein, an dem Mittelfinger derselben — aber plötzlich schaute sie von diesem weg und da sie nun gar nicht mehr wußte, wohin sie blicken dürfe, so richtete sie ihr Auge gerade in das Gesicht Peter Petrowitschs. Noch gemessener als vorher, fuhr er fort:

„Ich habe kürzlich durch Zufall einige Worte mit Katharina Iwanowna im Vorbeigehen gewechselt. Dies reichte indes hin mir mich, zu erkennen, daß sie sich in einem Zustand befindet, der nicht naturgemäß mehr ist — wenn man so sagen darf.“

„Ja, nicht mehr naturgemäß,“ bestätigte Sonja schnell.

„Oder um einfacher und klarer zu sein, in einem krankhaften.“

„Ja, einfacher und klar — sie ist krank.“

„So ist es. In dem Gefühl der Humanität oder sozusagen des Mitleids wünschte ich meinerseits, ein wenig nützlich zu werden bei ihrem unvermeidlichen traurigen Schicksal. Mir scheint, als ob diese ganze, arme Familie jetzt nur von Euch allein erhalten wird?“

„Erlaubt mir zu fragen“, stand Sonja plötzlich auf, „was Ihr mit ihr über die Möglichkeit einer Pension gestern gesprochen habt? Sie hat mir gestern noch davon gesprochen, daß Ihr versuchen wolltet, ihr eine solche auszuwirken? Ist es in der Tat so?“

„Durchaus nicht; dies ist sogar in gewissem Sinne eine Ungeschicklichkeit. Ich habe nur von einer zeitweiligen Unterstützung der Witwe eines im Dienst verstorbenen Beamten gesprochen. — wenn überhaupt eine Protektion möglich sein soll — aber mir scheint, daß Euer verstorbener Vater nicht nur nicht die gehörige Reihe von Jahren gedient hat, sondern in letzter Zeit gar nicht mehr im Dienst gewesen ist. Eine Hoffnung, wenn überhaupt welche sein sollte, wäre nur höchst gering, da in Wirklichkeit, ein Anspruch auf Unterstützung nicht vorhanden ist, im vorliegenden Falle, im Gegenteil — — und da hat sie gar schon an eine Pension gedacht! Eine recht mutige Frau!“

„Ja, an eine Pension. Sie ist ja so leichtgläubig und gut: sie glaubt alles in ihrer Güte, und — sie besitzt so viel Einsicht — entschuldigt“ — sagte Sonja und erhob sich abermals, um zu gehen.

„Erlaubt, Ihr habt mich noch nicht zu Ende gehört.“

„Noch nicht zu Ende gehört“, murmelte Sonja.

„Ja, setzt Euch, bitte.“

Sonja kam in außerordentliche Verlegenheit und setzte sich wieder, zum drittenmal.

„Da ich ihre Lage gewahrte, mit den unmündigen Kindern, wünschte ich, wie ich schon sagte, ihr nach dem Maße meines Könnens nützlich werden zu können, das heißt nur insofern, als dies in meinem eigenen Vermögen liegt, nicht mehr. Man könnte beispielsweise in ihrem Interesse eine Subskriptionslotterie eröffnen oder irgend etwas derart, wie das ja bei ähnlichen Gelegenheiten durch Angehörige oder auch nur entfernte Verwandte, im allgemeinen aber diejenigen, die zu helfen wünschen, geschieht. Davon Euch zu benachrichtigen, hatte ich soeben im Sinn. Dies wäre wohl möglich.“

„Gut; der liebe Gott wird Euch dafür—“ stammelte Sonja, starr auf Peter Petrowitsch blickend.

„Dies ging also, und wir könnten — ja wir können noch heute anfangen damit. Wir wollen uns heute abend sehen und besprechen und einen bestimmten Plan entwerfen. Kommt um sieben Uhr wieder zu mir, ich hoffe, daß auch Andrey Semenowitsch mit gegenwärtig sein wird. Indessen, es gibt hierbei einen Umstand, den wir vorher uns schon sorgfältig überlegen müssen, und wegen dessen habe ich Euch, Sofia Semenowna, mit meiner Einladung belästigt. Es ist nämlich meine Meinung, daß man Katharina Iwanowna Geld nicht geben kann — es wäre gefährlich in ihren Händen; ein Beweis dafür ist das heutige Gedächtnisessen. Ohne auch nur sozusagen eine Brotrinde für den nächsten Tag zu haben, noch Schuhe oder dergleichen, kauft sie heute Jamaika-Rum und wie es scheint, Madeira und Kaffee: ich sah es im Vorübergehen. Morgen wird nun alles von Euch verlangt werden, bis zum letzten Stück Brot; das geht nicht an. Die Subskription aber muß nach meiner persönlichen Meinung derart erlassen werden, daß die unglückliche Witwe von dem Gelde gar nichts erfährt, und nur Ihr allein davon wüßtet. Soll ich so sagen?“

„Ich weiß nicht; es ist heute das einzige Mal in ihrem Leben, — sie wünschte so sehr, ihm eine Ehre zu erweisen, ein Gedächtnisessen — sie ist sonst sehr einsichtsvoll. Aber wie Ihr wollt, ich werde von Herzen gern bereit sein, auch alle andern — und Gott wird Euch segnen dafür, wie auch die kleinen Waisen.“

Sonja sprach nicht zu Ende, sie begann in Tränen auszubrechen.

„So soll es werden; habt dies also im Auge. Jetzt aber habt die Güte, im Interesse Eurer Verwandten zum ersten Behelf eine größere Summe von mir selbst entgegenzunehmen. Ich wünsche aber ganz besonders, daß mein Name hierbei nicht genannt werde. Hier, — da ich selbst auch meine Sorgen habe, so kann ich nicht gut noch mehr entbehren—“

Peter Petrowitsch reichte Sonja ein sorgfältig aufgerolltes Zehnrubelpapier dar. Diese nahm es entgegen, sie seufzte tief auf, sprang empor, murmelte etwas und machte dann eine hastige Verbeugung. Peter Petrowitsch geleitete sie hierauf bis an die Tür; sie verließ das Gemach ganz aufgeregt und bestürzt, und kehrte zu Katharina Iwanowna zurück, in größter Erregung.

Während dieser ganzen Szene stand Andrey Semenowitsch bald am Fenster, bald ging er im Zimmer auf und nieder, ohne Lust zu bezeigen, die Unterhaltung zu unterbrechen. Nachdem Sonja gegangen war, trat er plötzlich zu Peter Petrowitsch und reichte diesem feierlich die Hand.

„Ich habe alles gehört, alles gesehen“, sagte er, besondere Betonung auf das letzte Wort legend.

„Das war edel, ich wollte sagen, human gehandelt! Ihr suchtet ihrer Dankbarkeit aus dem Wege zu gehen, ich habe es gesehen. Und obwohl ich, ich gestehe es, nicht mit Euch harmonieren kann, aus Prinzip nicht, in bezug auf die Wohltätigkeit, da diese das Uebel nicht mit der Wurzel auszurotten vermag, sondern es nur noch erhöht, so kann ich doch nicht umhin, zu gestehen, daß ich Eure Handlungsweise mit Vergnügen beobachtet habe — ja, sie hat mir sehr gefallen.“

(Fortsetzung folgt.)

eine Sondertagung der mit dem Vorgehen der Kanzlerfronde einverstandenen Abgeordneten veranlaßt werden. Die Versammlung soll die Einleitung einer großen Bewegung bezwecken, ferner Versammlungen in allen Städten, Gewinnung von Zeitungen, Beschaffung von Geldmitteln und die Einwirkung auf den Reichstag und andere maßgebenden Stellen. Dem bereits bestehenden „Unabhängigen Ausschuß" soll nicht entgegengearbeitet werden. Als zuverlässige Vertrauensmänner werden bezeichnet Fürst Salm-Horstmar, Geheimrat Körting-Hannover und das Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt Petzold-Plauen.

Die Kanzlerfronde arbeitet mit allen Mitteln, um ihr Ziel zu erreichen.

Die Verkehrssteuer.

Der dem Reichstag nunmehr zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs bestimmt in seinem § 1: Die Beförderung von Personen und Gütern auf Schienen- und Seilbahnen sowie auf Wasserstraßen unterliegt einer in die Reichskasse fließenden Abgabe. Die Beförderung von Personen und Gütern auf Landwegen unterliegt dieser Abgabe insoweit, als die Beförderung durch ein dem öffentlichen Verkehr dienendes Unternehmen auf bestimmten Linien mit planmäßigen Fahrten betrieben wird. Von der Abgabe befreit ist der Arbeiter-, Schüler- und Militärpersonenverkehr, sowie die Gepäckbeförderung im Militärgepäckverkehr, soweit die Abfertigung zu ermäßigten Preisen erfolgt. — Der § 11 setzt die Höhe der Abgaben fest. Bei der Personenbeförderung beträgt sie in der ersten Klasse 15, in der zweiten 14, in der dritten 12 Prozent und in der vierten Klasse 10 Prozent des Beförderungspreises. Für Zuschlagskarten in den D.-Zügen wird eine Abgabe von 15 Prozent in der ersten und zweiten Klasse und von 12 Prozent in der dritten Klasse eingeführt. Ist bei einem Unternehmen nur eine Klasse vorhanden, so wird der Abgabesatz der dritten Klasse erhoben. Diese Bestimmung trifft insbesondere auf die Straßenbahnen und regelmäßig verkehrenden Omnibusse zu. — Im Gepäckverkehr beträgt die Abgabe 12 Prozent des Beförderungspreises; bei der Güterbeförderung beträgt sie 7 Prozent dieses Preises.

Von dieser neuen Steuer wird nur der innerdeutsche Verkehr betroffen; so bleibt z. B. der Verkehr auf dem Bodensee von der Steuer frei, weil der Bodensee als internationales Gebiet zu betrachten ist.

Die Fahrkartensteuer wird aufgehoben. Der Ertrag aus der neuen Steuer wird auf 315 Millionen Mark berechnet.

Bezüglich der Straßenbahnen wird in der Begründung gesagt, daß die Unternehmer durch Kürzung der Zonen, durch anderweitige Festsetzung der Teilstrecken und durch Erhöhung der Sätze für weitere Strecken den bisherigen Mindestsatz der Fahrpreise einschließlich der Abgabe aufrechterhalten können. Der größte Teil der Straßenbahnen werde übrigens ohnedies in die Notwendigkeit versetzt sein, eine Tariferhöhung vorzunehmen, schon deshalb, weil die Aufwendungen für Löhne und Materialien eine erhebliche Steigerung erfahren haben.

Asien.

Die innere Lage Chinas. Ueber die innere Lage Chinas schreibt im Januar der chinesische Berichterstatter des „Avanti", nachdem er die Oligarchie der Militärbefehlshaber geschildert: „Das Schlimme ist, daß dadurch, daß zu viele sich als Herren aufspielen, die inneren Angelegenheiten Chinas immer drunter und drüber, immer ungewiß und in der Luft schwebend erscheinen. Niemand kann sagen, wie die Lage Chinas morgen sein wird. Vielleicht wissen es einige der 1001 ehrgeizigen Politiker. Vielleicht das Parlament? Vielleicht das Kabinett? Vielleicht gar der Präsident? Dies ewige Babylon, diese Unklarheit über die wahren politischen Zustände, die sich auch in zahllosen wirtschaftlichen Ereignissen kundgibt, verlangt den Fortschritt des Landes. Die Bevollmächtigten der Mächte und die verschiedenen in Peking ansässigen auswärtigen Bankiers wissen natürlich ganz genau, wie unsicher das politische Gleichgewicht Chinas ist und sind daher sehr vorsichtig im Gewähren materieller Hilfe. Sie wissen, daß China zwar enorme natürliche Schätze birgt — reicher vielleicht als irgend ein Land Europas — aber sie fürchten, daß das zur Finanzierung dieser Quellen aufgewendete Geld für die inneren Parteikämpfe flüssig gemacht wird und so nur neue Unordnungen und Unruhen hervorrufen könnte. „Möge doch China seine Revolutionen selbst finanzieren lernen", sagte unlängst der Bevollmächtigte einer Großmacht. So leeren sich die öffentlichen Kassen immer mehr. Die Beamten und Militärs können oft ihr Gehalt nicht bekommen und leihen daher den mehr oder weniger interessierten Kritikern des gegenwärtigen Regiments willig ihr Ohr. Oft sind sie gerade die ruhestörenden Elemente." Unter solchen Umständen ist es natürlich leicht für eine kapitalskräftige Großmacht, die Regierung zu einem mehr oder weniger demonstrativen „Streich" gegen eine andere Macht zu bringen.

Amerika.

Der wachsende Aufstand auf Kuba. Die Lage in Havanna ist ernst. Der Aufstand nimmt zu.

Ernährungsfragen.

Die badische Hauptstadt als landwirtschaftliche Erzeugerin.

Nunmehr hat sich auch der Karlsruher Stadtrat, nachdem er vor kurzem einen kleinen Gutsbetrieb im [illegible] erworben hat, entschlossen, ähnlich wie vor einiger Zeit die Stadt Heidelberg u. a. ein größeres Gut zu pachten und den Betrieb selbst zu übernehmen. Vorbehaltlich der Genehmigung des [illegible] soll das fürstl. [illegible] „[illegible] Hof" auf den Gemarkungen [illegible] auf die Dauer von [illegible] Jahren gepachtet werden, um auf jenem Boden eine größere [illegible] mit [illegible] zu betreiben, [illegible]

Die Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Kopenhagen, 20. Februar. Die Erklärung der Schiffssperre hat bereits in Dänemark und namentlich in Kopenhagen eine größere Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Da sich der gesamte Verkehr mit England und Amerika seit dem 1. Februar eingestellt hat, waren die Seeleute in erster Linie hiervon betroffen. Der Führer des dänischen Heizerverbandes erklärte, daß 800 Seeleute gegenwärtig erwerbslos sind, darunter 300 Heizer. Diese erhalten vom 22. ds. Mts. ab aus der Arbeitslosenkasse der Organisation eine wöchentliche Unterstützung von 15 Kronen. Da diese Kasse nicht besonders leistungsfähig ist, beabsichtigt man bei der Regierung um einen Zuschuß aus den [illegible] einzukommen. Auch der Seemannsverband wird denselben Schritt unternehmen.

Uebrigens rief die kurz vor der deutschen Blockade beschlossene Verlängerung des sogenannten Frachtensteuergesetzes eine große Erbitterung unter den Reedern hervor. Sie wiesen auf die durch die Blockade verursachte Stillegung ihrer Schiffe hin, verschwiegen aber den großen Teil der Tonnage, der außerhalb der blockierten Gebiete Verwendung fand. Die Heizer erhalten 75 Kronen pro Monat und eine Kriegszulage von 70 Kronen für jede Reise, die ungefähr 40 Tage dauert. Trotz der sehr gesteigerten Gefahren haben sie eine Aufbesserung der Löhne nicht verlangt, nur eine Erhöhung der Kriegszulagen, worüber die Verhandlungen noch schwebend sind.

Von den wegen Kohlenmangels in Mitleidenschaft geratenen Betrieben sind die Restaurants und Vergnügungslokale zu nennen, durch deren frühere Schließung 300 Kellner und 500—600 Musiker erwerbslos geworden sind. Der Verband der Kellner besitzt zwar eine Arbeitslosenkasse, deren Mittel aber für eine längere Zeit nicht ausreichend sein dürfen.

Auch im Handelsgewerbe befürchtet man eine große Arbeitslosigkeit als Folge einer früheren Geschäftsschließung. Minister Stauning vertritt in der Regierung die Ansicht, daß die wegen der erwähnten Verhältnisse arbeitslos Gewordenen staatlich unterstützt werden müßten. Der Führer des Gewerkschaftsbundes hat die Arbeitsverhältnisse noch im Winter als ziemlich günstig bezeichnet. Namentlich die Eisenarbeiter hatten viel zu tun gehabt. Die Schwierigkeiten mit der Kohlenversorgung könnten seiner Ansicht nach durch Zufuhr aus Deutschland beseitigt werden. Große Posten Kohlen seien nämlich den Arbeiterorganisationen von dort aus zugesagt worden. Unter den Bauarbeitern verursacht die scharfe Kälte eine große Arbeitslosigkeit. Ueber 3500 Maurer sowie eine große Zahl Handlanger mußten deswegen mehrere Wochen die Arbeit einstellen, wodurch wiederum der Wohnungsmangel zum 1. April noch fühlbarer sein wird. Es haben sich bereits 620 Familien gemeldet, die keine Wohnung bekommen können.

Aus der Partei.

Bebels Urteil über Spartacus. Den Standpunkt, daß sich außerhalb der Partei stellt, wer die Landesverteidigung nicht anerkennt, hat, wie ein parteigenössischer Abgeordneter der „F. K." schreibt, zuerst und am allerschärfsten August Bebel vertreten. Ende April 1907 suchte ihn ein französischer Journalist auf und befragte ihn über die Agitation Herves, der damals mit wilder Leidenschaft predigte, daß das Vaterland dem Proletariat gleichgültig sein könne. Gegen diese jetzt von der Spartacus-Richtung theoretisch und von der Arbeitsgemeinschaft praktisch vertretene Politik gab Bebel dem Befrager folgende Erklärung ab, deren Niederschrift er selbst bestätigt hat:

„Die antimilitaristischen Ideen und Agitationen Herves sind in der deutschen Sozialdemokratie unmöglich.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein entschiedener Gegner des stehenden Heeressystems, aber sie erachtet eine militärische Organisation in den heute bestehenden Staaten noch so lange für nötig, wie nicht in den verschiedenen Kulturstaaten Vereinbarungen und Einrichtungen getroffen sind, die Kriege ein für allemal unmöglich zu machen.

Solange also noch die Gefahr besteht, daß Kriege möglich sind, muß jeder Staat wenigstens so weit militärisch organisiert sein, daß er einem Angriffskrieg begegnen kann und das eigne Land vor Eroberungen durch den Feind zu schützen vermag.

Wenn also die deutsche Sozialdemokratie alle ehrlichen Bestrebungen unterstützt, die darauf gerichtet sind, Kriege zu vermeiden und den Frieden zu sichern, wie zum Beispiel die Errichtung von internationalen Schiedsgerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Staaten, so hält sie doch eine militärische Organisation so lange für nötig, wie die Gefahr eines Krieges vorhanden ist.

Aus diesem Grunde fordert die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Programm: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

Würde also ein deutscher Parteigenosse Ansichten und Forderungen propagieren, wie sie von Herve vertreten werden, so könnte auf Grund unseres Parteiprogramms die Frage aufgeworfen werden, ob dieser Parteigenosse noch zur Partei gehört.

Die Partei könnte eine Agitation nicht gewähren lassen, die gegen ihr Programm verstößt, die Partei auf das schwerste schädigt und deren Forderungen vom Standpunkt der bestehenden Zustände aus als unausführbar, weil dem eignen Lande nachteilig angesehen werden müßten."

Danach kann wohl die Frage, wie Bebel in der jetzigen Zeit gehandelt hätte, als erledigt betrachtet werden. Hätte er gelebt, so wäre den Spartacus-Leuten zwei Jahre früher als jetzt erklärt worden, daß für sie in der deutschen Sozialdemokratie kein Raum mehr ist.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Höchstleistung im Kriegswucher versuchte der Kaufmann Felix Rehnitz in Chemnitz. Er bot der Stadt Chemnitz 3000 Zentner Waschpulver zum Preise von 127 000 Mark an, das nichts war, als gemahlener Ton und höchstens einen Wert von 5750 Mark hatte. Das Geschäft hätte dem Kaufmann also etwa 119 000 Mark eingebracht. R. wurde wegen versuchten Kriegswuchers zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Vater von elf Kindern.

Im Dezemberheft der „Sozialen Kultur" entwirft ein Vater von elf Kindern, A. S. Charlottenburg, ein lehrreiches Lebensbild über große Familien und Geburtenrückgang. Ein einfacher, vom Leben hart angefaßter Mann spricht hier unmittelbar aus dem seelischen Leben heraus; er erzählt von Beginn seiner Ehe, von dem großen Glück über die ersten Kinder, von den wachsenden Sorgen, die sich — unbeachtet — nach dem ersten halben Dutzend einstellen. Ungünstige geschäftliche Verhältnisse treten ein. Das Aufgeben des Geschäfts macht einen Wohnungswechsel nötig, und zum erstenmal kostet die Familie die Schwierigkeit, mit sieben Kindern eine Wohnung zu bekommen.

Eine ungesunde Wohnung voll Ungeziefer wird dem kinderreichen Vater schließlich vermietet, freilich nicht für lange; immer wieder muß er sich mit immer schlechteren und teureren Wohnungen abfinden, immer tiefer geht es hinab. Schon sind neun Kinder da. Der Ausblick in die Zukunft wird trostlos. „Wie lange rang es in mir, ehe ich den Mut fand, meiner Frau zu sagen — nein, sie zu bitten, daß sie mit in die Fabrik auf Arbeit gehen solle, damit wir etwas mehr verdienen. Ich hätte es ihr am Tage nicht sagen können, ich schämte mich, ihr ins Gesicht zu sehen. Das war nun das Ende! Eine Mutter von neun Kindern, hatte die nicht genug geleistet, genug für den Staat und die Allgemeinheit? — Es war dunkel im Zimmer, wir lagen schon zu Bett, als ich ihr bruchstückweise dies auseinandersetzte, — und die Scham brennt mir noch heute auf den Wangen, wenn ich daran denke."

Erschütternd ist die Schilderung der Versuche, ein an Blinddarmentzündung erkranktes Kind im Krankenhaus unterzubringen. Da der Vater die nötige Vorausbezahlung für 14 Tage nicht leisten kann, ist es nur durch Beschaffung eines Armenscheins möglich — „ich wußte, daß ich dies alles um meiner Kinder willen tat, für mich hätte ich lieber zum Stricke gegriffen." Schon beim nächsten Armenschein wirft der Herr Magistratssekretär dem Vater die große Kinderzahl vor: „Daß Sie zehn Kinder haben, ist doch Ihre Schuld!" — Daß der Volksgenosse nach der Geburt des elften Kindes zur Einkommensteuer herangezogen wird, vervollständigt nur das Bild. Einen Lichtblick bedeutet die Absicht, aufs Land zu ziehen. Eine Wohnung ist gefunden, Pläne und Hoffnungen geben neues Glück. Nach wenigen Tagen bittet der Vermieter um Lösung des Vertrages. Der Gemeindevorsteher hatte sich ins Mittel gelegt, — wie leicht fielen die elf Kinder einmal der Gemeinde zur Last — der Vater braucht nur krank zu werden oder zu sterben. Umsonst war wieder alles Hoffen auf Besserung gewesen, was ich auch versuchte, es scheiterte, und die Ursachen dazu waren wieder — die Kinder.

Wie ein roter Faden zog sich dieses Verhängnis durch unser Leben. Ja, wenn wir keine Kinder hätten — da stand uns die Welt noch offen, da wäre noch Aussicht gewesen, wieder einmal hochzukommen aber so —! Der Ausbruch des Krieges bringt die Arbeitslosigkeit und damit den schlimmsten Hunger. Um seine Familie erhalten zu können, sucht der Vater Arbeit in der Kriegsindustrie und zieht schließlich nach Berlin, mit schwerem Herzen, aber glücklich mit dem Gedanken, dort mehr für die zwölf Münder zu Hause verdienen zu können. Er will auf eine bessere Zeit hoffen — „wie ich schon so manchesmal gehofft. Hoffen um meiner Kinder willen und um der Hunderttausende, die gleich mir im Schatten wohnen."

Aus Nah und Fern.

Vier Kinder verbrannt. In Schoppnitz bei Kattowitz spielten in der Wohnung des Arbeiters Paprotto dessen drei Kinder im Alter von 3, 8 und 9 Jahren mit den 4 und 6 Jahre alten Kindern des Arbeiters Pelst. Hierbei versuchten sie mit Petroleum das Feuer im Ofen anzumachen. Die Flasche mit dem Petroleum explodierte jedoch und die drei Kinder Paprottos sowie ein Kind des Pelst verbrannten.

Das Fährenunglück auf der Mosel. Zu dem Fährenunglück auf der Mosel, bei dem acht Personen ums Leben kamen, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Der erste schwere Eisgang auf der Mosel war bereits vorüber, nur vereinzelt wurden noch Eisschollen gesehen. Im Augenblick, als die Fähre sich auf der Mitte des Stromes befand, wurde sie von schweren Eisschollen erfaßt und zertrümmert. Die Eisschollen, die sich moselabwärts nach dem Rhein zu bewegten, haben eine außerordentliche Stärke. Es wurden ans Land gedrückte Schollen von über 100 Zentner-Schwere vorgefunden. Unter den geretteten vier Personen befindet sich der Fährmann und sein Sohn. Ertrunken sind u. a. ein zweiter Sohn des Fährmanns.

Verhängnisvolle Gasexplosion. In der Gaustraße in Bad Dürkheim sah der Stationsverwalter Roth mit der Arbeitersfrau Jullmann im Keller mit offenem Licht die Wasserleitung nach. Plötzlich gab es einen furchtbaren Knall. Das ganze Haus stürzte zusammen. Roth blieb schrecklich verstümmelt tot am Platze. Frau Jullmann lag tot im Hofe. Sämtliche Nachbargebäude wurden beschädigt. Anscheinend war das Gasrohr geplatzt.

Eifersuchtstragödie in München. Der 27jährige Kaufmann Hermann Lezaus in München brachte in der Nacht zum Freitag in der ehelichen Wohnung seiner Frau aus Eifersucht drei schwere Stichwunden in den Hals und die Brust bei und beging dann Selbstmord.

Auf einer Gebirgstour verunglückt. Aus St. Moritz wird gemeldet: Am 14. Februar hat der 40jährige Buchhändler Stack aus Posen, vorübergehend in Lausanne wohnhaft, mit Fräulein Baucher aus Feurier, einer 30jährigen in Lausanne angestellten Lehrerin, eine Tour in das Salanfo-Gebiet unternommen. Da sie nicht zurückkehrten, ging eine Rettungskolonne ab. Die Touristen hatten sich verirrt und wurden als Leichen am Fuß einer 70 Meter hohen Felswand geborgen.

15 000 Einwohner durch Schneemassen abgeschlossen. Wie der „Züricher Tagesanzeiger" aus Paris meldet, sind im französischen Tale von Chamesaux in den Hochalpen infolge des fünfwöchigen Schneefalls 15 000 Einwohner blockiert. Jede Zufuhr von Lebensmitteln ist unmöglich. Es sind weder Zucker noch Kohlen vorhanden. Die Bevölkerung hat die Behörden dringend um schleunigste Hilfe gebeten.

Das Grubenunglück auf der Kaligrube in Ehmen. Nach den amtlichen Ermittlungen über das Grubenunglück auf der Kaligrube in Ehmen bei Fallersleben war es den Bemühungen, der unter der Leitung von Oberingenieur Teutschbein und Betriebsführer Elte sofort in den Schacht eingefahrenen Rettungskolonne zu danken, daß die Mehrzahl der 136 Mann starken Belegschaft gerettet werden konnte. Dabei mußte Oberingenieur Teutschbein den besinnungslos gewordenen Betriebsführer ebenfalls zutage fördern; letzterer erholte sich später wieder. Durch das mutige Vorgehen der Rettungsmannschaft gelang es, viele Bergleute vor dem sicheren Tode zu bewahren; alle auch nur mit schwachen Lebenszeichen zutage Geförderten sind jetzt außer Gefahr, auch die 38 Schwerverletzten in den Braunschweiger Krankenhäusern.

Explosion. „Petit Journal" meldet aus Bourges: In der Feuerwerkerschule fand eine Explosion statt. Fünf Personen wurden getötet und zahlreiche verletzt.

Untergang eines japanischen Dampfers. Der „Progres de Lyon" meldet aus Marseille: Der japanische Dampfer „Hankoku Maru" ist am 21. Dezember bei Celu (Philippinen) untergegangen. Es ist wenig Hoffnung, daß von seinen 350 Fahrgästen, darunter 2 Amerikaner, jemand gerettet wurde.

Einführung von Kriegsküchen in Norwegen. Die „Nationaltidende" meldet aus Christiania: Dienstag wurde hier die Errichtung einer Anzahl von Kriegsküchen beschlossen. Man glaubt, daß der andauernde Kohlenmangel eine bedeutende Arbeitslosigkeit zur Folge haben wird und rechnet mit 100 000 Arbeitslosen.

Schwere Explosion in Rennes. Die „Frankfurter Nachrichten" melden von der Schweizer Grenze vom 24. Februar: Nach Schweizer Meldungen wird jetzt auf Umwegen aus Paris bekannt, daß am 2. Februar in den ausgedehnten Munitionslagern von Rennes sich eine schreckliche Explosion ereignete, die das Lager mit 80 000 Tonnen Munition vernichtete. Unter den Trümmern konnte man über 200 Tote und über 700 Verletzte bergen.

Kriegsehe mit Hindernissen.

Auf der Insel Man hatte eine junge Studentin der Medizin, eine Miß Meiterdy, einen englischen Arzt geheiratet, sich aber vor der Trauung das schriftliche Versprechen von ihrem Zukünftigen geben lassen, daß sie nicht zur Erfüllung der ehelichen Pflichten gezwungen sei, solange ihr noch nicht der geeignete Augenblick dafür gekommen schiene. Offenbar hat sich nun der geeignete Augenblick im Kriege niemals einstellen wollen, und der enttäuschte Ehegatte, der wohl der Meinung war, daß seine Frau den Scherz etwas zu weit trieb, reichte nach 18 Monaten vergeblichen Flehens die Scheidungsklage ein. Der Richter aber stellte sich auf den Standpunkt, daß die Ehe in diesem besonderen Falle vollkommen zu Recht bestehe und eine Scheidung deshalb nicht ausgesprochen werden könne, und begründete das Urteil folgendermaßen: „Sie gehören beide dem Ärztestand an, sind also keine unerfahrenen Kinder. Sie beide wußten, als sie die Ehe eingingen, ganz genau, was sie taten. Seither aber hat sich an ihrem Bündnis nichts geändert."

Der Ehemann, der nicht in der Ehe leben und nicht geschieden werden kann, wird nun weiter auf den „geeigneten" Augenblick warten müssen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.